verständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Also der ADGB. „verlangt" vom Reichstag! Der ADGB., der die vielen Millionen Arbeiter hinter sich hat, „verlangt" von den Vertretern des Kapitals! Warum nun ADGB.? Warum Gewerkschaft? Warum zahlen die Millionen Arbeiter die Dutzende von Millionen Mark jährlicher Beiträge? Müßte es nicht so sein, daß die kapitalistische Mehrheit des Reichstags kniefällig vom ADGB. „verlangen", betteln müßte?

Was geschehen wird, wenn der Reichstag die Vorschläge der Sachverständigenkommission, die der „Sozialist" Wissell ihm als Vorlage zugehen läßt, zum Gesetz erhebt, das berichtet der ADGB. ebenfalls gleich zusammen mit seiner Resolution im „Vorwärts" vom 1. August:

„Gewohnt, die Dinge realpolitisch abzuwägen, sind die Gewerkschaftsvertreter bereit, allen erträglichen Maßnahmen zur finanziellen Sanierung der Reichsanstalt zuzustimmen. Sie waren und sind bereit, mitzuhelfen, um alle Mißstände bei der Arbeitslosenversicherung auszumerzen. Sie sind die allerletzten, die mit Unterstützungsschwindlern Nachsicht haben können. Die Gewerkschaften sind auch bereit, einer weiteren Erhöhung der Beiträge zuzustimmen, soweit sie zur Sanierung der Reichsanstalt notwendig ist."

Das ist die einzige und wahre Meinung der Gewerkschaftskönige. Alles andere ist Bluff, Tamtam, die Arbeiter einzuschläfern. „Unterstützungsschwindler" sind jene Arbeiter, die, alt und kaput gearbeitet, nicht mehr eingestellt werden, oder die, gemaßregelt, weil sie bei einem Streik Charakter bewiesen, dauernd auf der Straße liegen.

Die Arbeiter haben das Wort.

Betrieb und Wirtschaft

Schon wieder Textilkonflikt

Die westfälischen Arbeiter sind an der Reihe.

Eben sind die schlesischen Textilarbeiter geschlagen in die Betriebe gegangen und noch sind 5000 gemaßregelt auf der Straße, und schon haben sich die Herren Gewerkschaftsbesitzer zusammen mit den Unternehmern eine neue Schicht vorgeknöpft. Diesmal sind es die oberbergischen Textilarbeiter.

Diese Arbeiter haben genau dieselben Hungerlöhne wie die schlesischen, weshalb die Gewerkschaften den Tarif kündigten und 15 Prozent Aufschlag verlangten. Vor einer Woche wurde der Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung des Hilfsarbeiterlohnes in der Spitze um 4 Pf (von 58 auf 62) und des Lohnes der Hilfsarbeiterin um 3 Pf. (von 44 auf 47) pro Stunde vorsieht. (Die höchsten Facharbeiterlöhne betragen 67 Pf.!) Dafür wurde aber die Arbeitszeit verlängert! Die Unternehmer haben den Lohnschiedsspruch abgelehnt und den für die Arbeitszeit angenommen. Die Gewerkschaften haben den Lohnschiedsspruch angenommen und den Arbeitsschiedsspruch abgelehnt. Jede der beiden Parteien hatte die Verbindlichkeitserklärung beantragt: die Gewerkschaften für den Lohnschiedsspruch und die Unternehmer für den Arbeitszeitschiedsspruch. Der Schlichter für den Bezirk Westfalen hat daraufhin den Parteien mitgeteilt, daß beide Anträge auf Verbindlichkeitserklärung abgelehnt wurden.

Die „Erhöhung", wie sie der Schiedsspruch vorsah, entsprach erst den neuen Löhnen in Schlesien, die jetzt geltenden sind noch niedriger. Man muß bedenken, daß die Lebenshaltung in Westfalen entschieden teurer ist als in Schlesien. Und für diesen Schiedsspruch waren die Gewerkschaften Feuer und Flamme!

Es ist ein erbärmliches und nichtswürdiges Spiel, das die Arbeiter mit sich treiben lassen. Erst machten die oberbergischen Arbeiter Streikbrucharbeit gegen die Ausgesperrten in Schlesien und jetzt die schlesischen gegen die oberbergischen. Denn es ist sicher, daß es in Westfalen zum Streik kommt, da diese Löhne keine Lebensmöglichkeit mehr bieten.

Die Zermürbungstaktik, die die Textilarbeiter-Gewerkschaften mit ihren Beitragszahlern treiben, ist hier sonnenklar. Die beiden Tarife (Schlesien und Oberbergen) konnten zu gleicher Zeit gekündigt werden. Man wartete aber ab, bis die Schlesier geschlagen waren und nahm sich dann diese Arbeiter vor. Die Arbeitslosigkeit in Schlesien sowohl wie in Westfalen ist beträchtlich und die Lager sind überfüllt. Die Unternehmer können also warten, bis die Arbeiter vor Hunger [illegible] der Schlesier ist jetzt undenkbar. Sie sind zermürbt und glauben sich an ihren Tarif gebunden. Nach Niederwerfung der oberbergischen Arbeiter kommt natürlich ein anderes Textilgebiet an die Reihe. Es mag vielleicht gar nicht in der Absicht der Gewerkschaften liegen, den Unternhmern in die Hand zu arbeiten, ihre Taktik besorgt aber nichtsdestoweniger Unternehmergeschäfte. Die Tarife werden so abgeschlossen, daß die Unternehmer die Arbeiter bezirksweise niederboxen können. Und die Gewerkschaften nehmen das gern in Kauf, weil sie dadurch größerer Kämpfe überhoben sind.

Daß die Gewerkschaften Kampfinstrumente gegen die Arbeiterklasse sind, springt hier in die Augen. Sie zerreißen jede Tatsolidarität der Arbeiter und sind dadurch Stützen des Kapitals und Ketten, die die Arbeiter an ihr Elend fesseln. Man stelle sich doch die Unternehmenangriffe vor, wenn die Arbeiter ohne Unterschied des Berufs in Betriebsorganisationen zusammengeschlossen wären und ihre Organisationen und Kassen selbst in der Hand hätten! Nie würden sich die Arbeiter gegenseitig selbst niederboxen, wie sie es heute tun. Schon die Drohung eines größeren Bezirks mit der Tatsolidarität würde solche Möglichkeiten wie in Schlesien und Westfalen ausschalten.

Vom Arbeitsmarkt

Am 27. Juli zählte die Reichsanstalt etwa 720 000 Hauptunterstützungsempfänger. Das ist ungefähr die Zahl der Vorwoche, aber 25 Prozent mehr als Ende Juli vor einem Jahre. Da die Krisenfürsorge flott gestrichen hat, so beweist die gleichgebliebene Unterstütztenzahl, daß die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

Arbeitslosigkeit im Auslande.

In den Vereinigten Staaten wird neuerdings von bürgerlichen Volkswirtschaftlern die Arbeitslosenziffer auf 6—7 Millionen geschätzt. — In England wurden Anfang Juli 1,2 Millionen Unterstützte gezählt. — In Holland sind etwa 4 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. — In Norwegen wird die enorm hohe Zahl von 19 Prozent der organisierten Arbeiter als arbeitslos festgestellt.

Phototrust schluckt Busch A.-G.

Der Zeiß-Ikon-Trust hat sich nunmehr auch die Emil Busch Optische Industrie A.-G. in Rathenow einverleibt. Die Werke, die sich vor 3 Jahren zu dem deutschen Phototrust zusammenschlossen, Zeiß, Ikon, Ernemann, Hahn und Contessa-Nettel, die größten Betriebe der Photo- und optischen Industrie, wurden durch ihr gegeneinander-konkurrieren zur Vertrustung gezwungen. Sie waren damals, 1926 noch, fast durchweg notleidend. 1928 verteilte der Trust schon wieder 6 Prozent Dividende, trotz sehr beträchtlicher Abschreibungen und Rückstellungen. Die Emil Busch A.-G. dagegen, eines der ältesten Unternehmen der Industrie, das rund 130 Jahre besteht und in der Vorkriegszeit bis zu 17 Prozent Dividende ausschüttete, krankt, seit der Trust gegen sie steht. Während die Belegschaft der Zeiß-Ikon seit 1926 von 3860 Köpfen auf 5000 stieg, sank die der Busch A.-G. von 1100 auf 750. Aehnlich steht es mit anderen Betrieben der Industrie. Die Nietzsche und Günther-Gesellschaft, die mit Busch auf das engste zusammenarbeitete, wird sich aller Voraussicht nach nicht alleine halten können. Sie wird die nächste sein, die sich der Trust kaufen wird, um sich billige Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Mit der Nietzsche und Günther würde der Phototrust nämlich auch die Kontrolle über die für ihn wichtige Nebenproduktion von Brillenfassungen und optischen Werkzeugen bekommen und so neben dem Photo-Monopol eine vollständig in sich abgeschlossene optische Industrie beherrschen. Das Aussterben der kleineren Werke resp. die vollständige Monopolisierung ist dann nur eine Frage der Zeit.

Da mit der Einverleibung der Busch A.-G. eine Erweiterung des Produktionsprogramms des Trust nicht stattfindet, d. h. da der Trust schon bisher alle Artikel herstellte die auch Busch herstellte, dürfte es ebenfalls nur eine Frage der Zeit sein, wie lange die Busch-Werke überhaupt noch in Betrieb bleiben. Dem Versprechen an den Betriebsrat, daß die Werke nicht stillgelegt werden, darf nicht allzuviel Glauben beigemessen werden. Die bisherigen Werke des Trusts sind rationalisiert, die Buschwerke dagegen weniger. In den Zeiß-Ikon-Werken ist die individuellel Leistung ganz bedeutend gesteigert. Dem Absatz aber sind durch die Erstarkung div. junger Auslandsindustrien ganz natürliche Schranken gezogen. Schließlich ist der ganze Sinn der Konzentration die Ersetzung des Menschen durch die Maschine und die Zusammenziehung der Produktion auf wenige hochentwickelte Betriebe.

Musikplattenwucher

Wohin der Weg der vertrusteten und monopolisierten Industrie führt, das kommt deutlich zum Ausdruck durch die Geschäftsberichte der beiden größten deutschen Schallplattenkonzerne für das Jahr 1928, der Polyphon-A.-G. in Leipzig und der Lindström A.-G. in Berlin. Beide verteilen 20 Prozent Dividende gegen 14 und 15 Prozent im Vorjahre. In der Dividendenausschütutng zeigt sich aber nur der geringste Teil des Reingewinnes. Beide Unternehmungen haben ungeheure Abschreibungen und Rückstellungen. Polyphon z. B. gibt ihren Aktionären noch junge Aktien zum halben Börsenpreise, die dann aber vollberechtigt an der Dividende teilnehmen. Die Gesellschaft hat ihre Umsätze seit 1926 von 12,5 auf 28,5 gesteigert, also gut verdoppelt, den ausgewiesenen Reingewinn aber vervierfacht. Polyphon beschäftigt heut 3000 Arbeiter, nicht nennenswert mehr als 1926. Die Löhne dagegen sind nicht nur nicht gestiegen, sondern noch gesunken, wenn man alle Verteuerungen der Lebenshaltung berücksichtigt.

Ein paar Generaldirektoren als Großaktionäre und eine Handvoll Aktionäre schmarotzen hier auf Kosten tausender Arbeiter als Produzenten und der Millionen Arbeiterkonsumenten. Auf dem Wege, den die beiden Schallplattenkonzerne hier deutlich sichtbar beschreiten, bewegt sich mehr oder minder die gesamte Industrie. Durch straffe Verkaufsorganisation werden die Preise bis in die Puppen erhöht und so die Kaufkraft der Arbeiter geschwächt, was wieder zu Unterverbrauch und Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit führt. Das Kapital aber erhöht desto mehr die Preise, je mehr es den Absatz einschränken muß, — eine Kette ohne Ende. Das sind die Früchte der Rationalisierung, die durch die Gewerkschaften gefördert wird.

Das Proletariat hat heute mehr denn je alle Ursache, sich in Betriebsorganisationen zusammenzuschließen, um Kampfinstrumente in die Hände zu bekommen, die es nach Wunsch und Belieben selbst und nach Bedarf einsetzen kann; nicht nur um seinen Lebensstandard zu wahren, sondern um sich die Grundlagen zu schaffen für eine kommunistische Produktions- und Gesellschaftsordnung.

Nowawes

Oeffentliche Versammlung

am Freitag, den 9. August, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Wallstraße.

Thema:

Imperialistischer oder Klassenkrieg?

Bücher-Ecke

Die „Große Zeit" im Spiegel der Literatur.

		Mk.	Mk.
Becher, Kläber u. a., „Der Krieg" (ein Sammelband)	Halbl.	2,50	Ganzl. 3,20
Ernst Friedrich, „Krieg dem Kriege" (zwei Bände)	Halbl.	10,—	Ganzl. 6,—
A. M. Frey, „Die Pflasterkästen"			Ganzl. 6,—
Ernst Glaeser, „Jahrgang 1902"			Ganzl. 6,—
Ernst Jünger, „Feuer und Blut"			Ganzl. 5,—
Oskar Kanehl, „Die Schande"	Brosch.	—,50	
Joachim Ringelnatz, „Als Mariner im Krieg"	Brosch.	5,50	Ganzl. 8,50
M. Remarque, „Im Westen nichts Neues"	Brosch.	4,—	Ganzl. 6,—
Romain Rolland, „Clerambeault"	Halbl.	2,—	
Upton Sinklair, „Jimmi Higgins"	Kart.	2,80	Ganzl. 4,80
Heinrich Wandt, „Etappe Gent"	Kart.	2,50	Ganzl. 3,80
—,—, „Erotik und Spionage in der Etappe Gent"	Kart.	3,—	Ganzl. 4,—
—,—, „Der Gefangene von Potsdam" (zwei Bände), jeder Band	kart.	3,—	Ganzl. 4,—
Karl Wilke, „Prisonnier Halm"			Ganzl. 6,—

Moderne Literatur der Sexualwissenschaft.

Dr. Magnus Hirschfeld: Verhütung der Schwangerschaft	brosch.	1,25 Mk.
— § 297 Unzucht zwischen Männern	brosch.	3,50 Mk.
Dr. Hodan: Woher die Kinder kommen?	**brosch.**	**—,60 Mk.**
— Bub und Mädel	brosch. 2,60, Leinen	5,— Mk.
— Geschlecht und Liebe	Leinen	11,50 Mk.
— Sexual-Elend und Sexualberatung	Leinen	14,— Mk.
Dr. Haustein: Geschlechtskrankheiten und Prostitution in Skandinavien	brosch.	—,40 Mk.
Maria Krische: Die geschlechtliche Belastung der Frau und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen	brosch.	—,40 Mk.

Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36 Lausitzer Platz 13.

Chronik

Vierzehn Todesurteile und ebensoviele langjährige Zuchthausstrafen fällte ein litauisches Standgericht gegen Sozialdemokraten. Sie wurden beschuldigt, mit dem geflüchteten, in Polen lebenden Emigrantenführer Pletsohkaitis in Verbindung gestanden zu haben, was durch ein Sondergesetz mit Todesstrafe bedroht wird. Bei einer Durchsuchung des Parteigebäudes und der Zeitung wurden Flugblätter von Pl. gefunden, die angeblich kurz vor der Haussuchung dort von einem Unbekannten abgegeben wurden. — Es scheint sich um Lockspitzelarbeit zu handeln.

Ein neuer Marokkokrieg scheint nicht mehr in allzugroßer Ferne zu liegen. Wie erst jetzt bekannt wird, haben die französischen Eroberer, die den Rifkabilen ständig europäische Kultur beizubringen versuchen, schon 1927 und 1928 große Schlappen erlitten. Verschiedene Detachements wurden bis auf den letzten Mann aufgerieben. Unlängst wurden wieder 40 französische Offiziere und 800 „Gemeine" vernichtet. Dei Militärkorona hetzt zum Vorgehen. Da Marokko unterirdische Werte in beträchtlichem Ausmaße besitzt, ist bei weiteren Verlasten der „Kulturbringer" ein neuer Marokkokrieg nicht so unwahrscheinlich.

Kommunisten vogelfrei in Kroatien. Die Polizei umzingelte und beschoß „ein Haus, 30 Kilometer von Agram", ein Kaffee, in dem Kommunisten eine Versammlung abhielten, töteten mehrere, verhafteten den Wirt und eine Frau aus dem Hause.

Sozialistenverfolgung in Polen. Wie „Kurjer Czerwony" meldet, ist mit einer Verfügung des Innenministers der Verbandsvorstand der Krankenkassen aufgelöst worden. Sein bisheriger Vorsitzender, Abg. Zulawski, einer der Führer der Polnischen Sozialistischen Partei, wurde seines Postens enthoben. An Stelle des Verbandsvorstandes übernimmt ein Regierungskommissar die Leitung des Verbandes. Natürlich will man durch diesen Streich die Polnische Sozialistische Partei treffen, zu deren wichtigsten Positionen die Krankenkassenvorstände gehören. — Diese Meldung bringt der „Vorwärts". Genau so verfährt die Sozialdemokratie in Deutschland als Regierungspartei gegen ihr unangenehme Arbeiter — was ja wohl bedeutet, daß sie bei uns die Reaktion repräsentiert.

Oberleutnant Krull brach aus dem Gefängnis Friedrichsberg, wo er wegen Erpressung saß, nicht wegen des Mordes an an Rosa Luxemburg. Seine patriotischen Komplizen holten ihn im Auto ab — und die Republik scheint zufrieden zu sein, daß sie ihn los ist.

Organisatorische Mitteilungen

Nowawes.

Funktionärsitzung jeden Freitag, 20 Uhr, Lokal Dachs-Höhle, Plantagenstraße 1.

Mitteldeutschland.

Laut Beschluß der letzten Bezirkskonferenz (s. „KAZ." Nr. 28) müssen die Ortsgruppen der KAP. und AAU. die Adressen und Gelder auf dem schnellsten Wege an den Gen. **Otto Schaal, Halle a. S., Zietenstr. 38,** einsenden, um wieder mit neuen Kräften zu arbeiten. Es darf kein Geld mehr an die alte Bezirksleitung geschickt werden.

Wir ersuchen die Ortsgruppen Naumburg, Weißenfels, Merseburg, Wolfen und Nietleben ihren Verpflichtungen sofort nachzukommen. Die Bezirksleitung Mitteldeutschland.

Versammlungskalender Groß-Berlin.

3. Bezirk.
Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Frenzel, Reinickendorfer Straße 42.

6. Bezirk.
Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Straße 88.

14. Bezirk.
Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstraße 17, Ecke Weserstraße.

15. Bezirk.
Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstraße 3.

17. Bezirk.
Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.

21. Bezirk.
Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Nowawes, Wallstraße.

Für den Pressefond gingen im Monat Juli ein:
21. Bezirk P. 10,—, Fr. Wriezen 1,—, Gen. M. K. P. 6,—, Ludwig 20,—, Brandes 23,—, E. M. Mai 10,—, 15. Bezirk 10,—, 21. Bezirk P. 10,—, AEG. Ackerstraße, Liste 30, 8,25 Mk.
Sammelliste Nr. 34 1,50, Nr. 32 2,10, Nr. 3 3,—, Nr. 5 6,—, Nr. 26 3,50, Nr. 27 3,20, Nr. 29 2,—, Nr. 35 2,50 Mk.

Donnerstag, den 8. August, abends 7.30 Uhr, Kassenrevision an bekannter Stelle.

Achtung! **Achtung!**

Komplette Jahrgänge der KAZ. 1924-28

in gutem Einband am Lager. 400 Seiten. 12,— Mk. Die Genossen bekommen Ermäßigung. — Versand nach Auswärts nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Porto zu Lasten des Empängers. — Bestellungen sind zu richten an die

Buchhandlung f. Arbeiterliteratur, Berlin SO 36
Lausitzer Platz 13.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: . . . .

Ort: . . . .

Straße: . . . .

10. Jahrg Nr. 33

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7632.

Berlin, August 1929.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Schwarz-rot-goldener — Hohn!

Die „Verfassungsfeier" vibriert noch nach: die letzten Fahnen und Wimpel stehen noch herum, die letzten Berichte werden gedruckt, die letzten Besoffenen werden wieder nüchtern.

Und lesen, daß eine Krise, noch in Fragezeichen gesetzt, bevorsteht; eine Krise wegen der Arbeitslosenversicherung. Oder vielmehr so: Die Arbeitslosenversicherung gab den Anstoß, und nun ist die ganze Sozialpolitik bedroht. — Sozialdemokratie und Gewerkschaften blasen zum Kampf, zum heiligen Kampf, kurz nach dem großen Sieg.

Man lache nicht darüber. Daß es noch große Teile von Arbeitern gibt, die diesen Schwindel ernst nehmen, ist eigentlich zum Heulen. Ihnen beizukommen mit theoretischen Argumenten ist ein Beginnen mit völlig unzulänglichen Mitteln an einem noch ganz untauglichen Objekt.

Sie haben eben eine Verfassung behocht und besungen, in der schwarz auf weiß steht, daß jedem Deutschen ein Recht auf Arbeit und sozusagen „anständige" Bezahlung zusteht, oder, wenn das nicht möglich ist, „ausreichende" Unterstützung. Wir sprechen hier nicht von den sonstigen Schönheiten der demokratischen Bibel, von dem Recht auf Wohnung und so, — wer „ausreichend" bezahlt wird, kann auch eine „ausreichende" Wohnung beziehen; es hängt doch immer eines am andern.

Diese „Entschädigung" für die Erwerbslosen ist nicht mehr „tragbar". An sich ist die Sache so: Der ungelernte Arbeiter ist der am meisten Betroffene, und zu gleicher Zeit das überwiegende Element, weil die Arbeitsteilung die Spezialisierung im Berufe immer mehr einschränkt. Die „ungelernten" Arbeiter teilen sich dann noch in die, die körperlich Außergewöhnliches zu leisten vermögen, Bauarbeiter usw. und in die große Masse der anderen.

Die Bauarbeiter fliegen im Winter ganz auf die Straße, und im Sommer hat ein Teil von ihnen Arbeit. Die anderen — Hunderttausende — werden irgendwo und wie einmal arbeitslos, beziehen ihre Unterstützung, wurden ausgesteuert und kommen in die Krisenfürsorge. Hier beginnt dann der Kreislauf: Notstandsarbeit — Krise — Notstandsarbeit — Krise; bis sie verreckt sind. Das ist das typische Schicksal der großen überflüssigen Armee, die der Kapitalismus durch die Maschine aus der Produktion verdrängt.

Das geschieht nun seit zehn Jahren in einem Tempo, das unerhört ist, weil eben der Weltkrieg gerade bewies, daß der Kapitalismus zu einer Katastrophe für die Menschheit geworden ist. Das Schlachten um den Erdenraum war vergebens, die Krise wurde nicht gelöst, nunmehr begann der Kampf um die Märkte und die Ausbeutung der Rohstoffquellen mit den Mitteln der Rationalisierung. Die Folge ist praktisch dieselbe, wie in der „großen Zeit". Hunderttausende von Proletariern müssen laufend um die Ecke gebracht werden. Das Um-die-Ecke-bringen, das ist die Aufgabe der heutigen „Sozialfürsorge". Die Geschichte hat bisher zuviel Geld gekostet. Was nun vorgeht, ist der Streit darum, wie man besagten Paragraphen von dem Deutschen mit dem Anspruch auf Arbeit oder angemessene Entschädigung in der „Arbeitslosenversicherung" so konkretisiert, wie es schon in der Verfassung steht. Wie dem Arbeitslosen „theoretisch" etwa geboten werden kann, ohne alle praktische Bedeutung. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften nennen das „nicht am Prinzip der Erwerbslosenversicherung rütteln lassen". Wir zweifeln nicht, das das gelingt. Man wird in den „Rechten" der Erwerbslosen genau so großzügig sein, wie man dem Arbeiter als „freien Bürger" in der demokratischen Bibel die schönsten „Rechte" einräumt, über die jeder lacht, der seine fünf Sinne noch beisammen hat, oder nicht von diesem dreckigen Betrug lebt.

Nach dem Gelingen dieses Werkes können dann die Arbeiter ihren „Sieg über das Prinzip" genau so feiern, wie sie heute eine Verfassung feiern. Und das ganze Gesocks von Börsenjobbern, Pfaffen und demokratischen Schindern wird die Proletarier in ihrem „Kampf" ermuntern, und ihnen zu ihrem Sieg gratulieren, wie sie das eben anläßlich des demokratischen Sieges so laut und aufdringlich tun.

Von der anderen Seite her, von der Seite der bornierten Junker und der Schwerindustrie wird ein großes Geheul zu vernehmen sein. Der Zweck ist klar. Man muß von der Sozialdemokratie und auch von den Gewerkschaften einen solch handgreiflichen Brocken fordern, daß der Unterschied von dem, was zur Verhandlung steht, und dem, was man im Moment erreichen will, deutlich wird. Der zweite Hieb folgt ein nächstes Mal, wenn sich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ein wenig erholt haben.

Es kommt dann zu keiner „Regierungskrise", alle erreichen sie ihr Ziel, weil das Zusammenspiel notwendig ist. Der Gefoppte ist das Proletariat. Im Grunde genommen geht es ja nur um das Tempo der Ausrottung der Ueberflüssigen. Darin sind ja alle einig, auch die Sozialdemokratie kämpft ja gegen die „Auswüchse" der Versicherung.

Die Folge ist die weitere ungeheure Verschärfung der Konkurrenz der Arbeiter um den Arbeitsplatz, die weitere Folge die Drückung der Löhne, die schon so — relativ genommen — fallen, und ihre Kaufkraft immer mehr verlieren.

Es zeigt sich, das gerade am zehnten Jahrestag der neuen Verfassung die alte ungeschriebene Verfassung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung alle Versuche, darüber hinwegzutäuschen, zu einem infamen Betrug stempelt. Es zeigt sich, wie gerade die Arbeiter sich selbst verhöhnen, daß sie eine Fahne und einen Fetzen Papier verhimmeln, die mit der harten Wirklichkeit proletarischer Klassenlage und Klassenschicksals so wenig zu tun hat, wie ein bemitleidenswerter Narr mit dem Königreich, als dessen Herrscher er sich dünkt. Es zeigt sich, daß, wie im Kriege, jeder Versuch, den Dingen auszuweichen sich bitter rächt. Zuletzt wird die Leichenpyramide einfach unübersteigbar. Die Sklaven werden gegen ihr eigenes Werk rebellieren, oder sich selbst gegenseitig umbringen müssen bis zur völligen Erschöpfung.

Es zeigt sich, daß jede politische und organisatorische Verbundenheit mit dem Kapitalismus und seinem Staate politische Unzucht ist. Es zeigt sich, daß die Gewerkschafetn und parlamentarischen Parteien der Dolch sind, mit dem sich das Proletariat selbst verstümmeln muß.

Es zeigt sich immer wieder von neuem, daß es nur einen Ausweg gibt: die Revolution durch die proletarische Klasse, die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung, und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur zum Zwecke der Organisation der Bedarfswirtschaft.

Das geht nicht ohne Kampf und ohne Kampforganisation der Arbeiter in den Betrieben von unten auf! Das Recht der Arbeit wird geschrieben durch die Tat, — oder diktiert von dem Klassenfeind und seinen Knechten mit Hunger und Peitsche immer und immer wieder.

Auch Teddys Stern sinkt!

Der von Thälmann auf dem letzten Parteitag der KPD. abgesägte Heinz Neumann wurde von Stalin persönlich wieder in seine Aemter eingesetzt. Neumann, ein verbummelter Student und Anhänger der Versöhnler (Remmelerichtung), ist derjenige, der Teddy immer seine Reden aufschrieb. Dabei machte er sich über seinen „Meister" lustig und schrieb ihm dummes Zeug auf, womit Teddy in der Oeffentlichkeit von den eigenen Arbeitermitgliedern ausgelacht wurde. Das erbost den Grrroßen und er warf seinen Aufschreiber zum Tempel hinaus. Stalin ließ Neumann, Remmele und Teddy nach Moskau kommen und der Student siegte über die schwielige Faust, die Versöhnler über das Zentrum! — — Wie lange noch?

Aus der freiesten Republik der Welt. Nach den neuesten Untersuchungen wohnen in London in einem Hause durchschnittlich 8 Menschen, in Chicago 9, in der Schweiz 12, in New York 20, in Paris 38 und in **Berlin 78.** Die verhältnismäßig niedrige Zahl von New York erklärt sich daraus, daß die Riesenbauten der Wolkenkratzer nur zu Geschäftszwecken verwandt werden und im Schatten derselben die Proleten in erbärmlichen stinkigen Baracken hausen.

Krach im Haag

Die Utopie von den Vereinigten Staaten von Europa.

Der Konferenz im Haag ist die Aufgabe zugewiesen, den Dawes-Plan abzutakeln und an seine Stelle den Young-Plan zu setzen. Herr Briand, der immer noch an seine sozialistische Vergangenheit zurückdenkt, gedachte die „Einigung im Haag" als Ausgangspunkt auszunützen zu seinem alten Steckenpferd Paneuropa. Man braucht sich ja nur zu vertragen, die Zölle abzubauen, Eisenbahn- und Posttarife anzugleichen und so. Das andere, die gleiche Währung, die gleiche Gesetzgebung, kurz das Gebilde der „Vereinigten Staaten von Europa" kommt dann ganz von selber — wenn das Profitsystem nicht wäre.

Für das Proletariat hat die Erledigung des Konferenzprogramms dieselbe Bedeutung, als wenn jemand aus dem Regen in die Traufe kommt. Dawes-Plan und Young-Plan sind Verteilungsschlüssel des Kapitalismus über den proletarischen Arbeitsertrag. Immerhin ist die Konferenz für die Arbeiter ein ganz guter Anschauungsunterricht, wie das Kapital Riemen aus ihrer Haut schneidet, um sie damit zu züchtigen.

Sobald nach den Festlichkeiten und Begrüßungen, nach dem Fressen und Saufen und Juxen die Rede auf das Geld kam, war der Krach da. Eine Unmenge Parteien entstanden. England auf der einen, Frankreich, Belgien und Italien auf der anderen Seite der gegeneinander Tobenden. Rumänien, Jugoslawien, Portugal bilden eine dritte Gruppe, die eher Englands Habgier begünstigt als Frankreichs Verteidigung seines Raubes, weil dies Staaten wenig bekommen, ihr Anteil aber immerhin gesichert ist. Ein weiterer Partner ist Japan, das seinen Raub größtenteils schon im Kriege in Sicherheit brachte. Deutschland endlich ist der ruhende Pol. Das deutsche Kapital hat durch den Young-Plan seine Vorschrift über den Anteil, den es vom Arbeitsertrage seiner Sklaven für seine Kriegsverbrechen an die anderen Staaten abliefern muß.

Der Krach ging von den englischen Delegierten aus. Es ist nicht ohne Reiz, daß es gerade die Minister der „Arbeiterregierung" sind, die den Young-Plan aufs heftigste bekämpfen, während er von der deutschen Sozialdemokratie (wie einst auch der Dawes-Plan) als die einzige Rettung Deutschlands angepriesen wurde. Der englische Schatzkanzler beantragte gleich eingangs eine Generaldebatte und nahm dann als erster das Wort.

Der Redner erklärte u. a.: Der Young-Plan sei ein höchst widerspruchsvolles Dokument. Die englische Regierung habe sich durch ihre Beteiligung an der Sachverständigenberatung in Paris in keiner Weise gebunden. Der Young-Plan gehe in einigen Punkten völlig über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinweg. Der Young-Plan sehe einen geschützten und einen ungeschützten Teil der deutschen Reparationszahlungen vor. Das spiele, so lange die Zahlungen ohne Schwierigkeiten geleistet würden, keine Rolle. Bei Schwierigkeiten jedoch sei diese Teilung von großer Bedeutung. Frankreich erhalte aber dann von dem ungeschützten Teil der Reparationen ⅚ und somit 2 Millionen Pfund jährlich mehr als im Dawes-Plan vorgesehen war. Dieser Standpunkt sei überhaupt nicht zu rechtfertigen.

Die englische Regierung erhebe Widerspruch gegen den Verteilungsschlüssel des Young-Planes und auch gegen die Teilung der Zahlungen in einen bedingten und unbedingten Teil.

Gegenüber dem Spar-Schlüssel soll England durch den Young-Plan jährlich 48 Millionen Mark verlieren, während Frankreich 10,7 Millionen Mark jährlich mehr erhalte, als es im Dawes-Plan vorgesehen war.

Wörtlich fuhr Snowden fort: Das englische Abgeordnetenhaus werde niemals seine Zustimmung zu irgendwelchen neuen Opfern und neuer Preisgabe englischer Interessen geben. **Hierüber bestehe kein Unterschied zwischen den Parteien,** da alle Parteien sich hierüber, wie jeder Mensch es wisse, vollkommen einig wären. Eine Preisgabe nationaler Interessen könne von England nicht erwartet werden, so lange eine englische Regierung im Amte sei, und jede Regierung Großbritanniens werde darauf bestehen, daß Großbritannien in der Regelung der Reparationen fair behandelt werde.

Daß die englischen „Arbeiterminister" die Männer des englischen Kapitals sind, braucht nicht weiter hervorgehoben werden. Der deutschen sozialdemokratischen Presse ist es aber sichtbar unangenehm, daß sie auch von den deutschen

Nationalisten als Gesinnungsgenossen reklamiert werden. Wenn es nach den englischen Sozialdemokraten ginge, würden sie dem deutschen Proletariat nochmal soviel aufbrummen, als der Young-Plan vorsieht.

Der zweite Konflikt brach bei der Debatte über die Räumung des Rheinlandes aus. Frankreich sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen, während Deutschland (Stresemann) erklärte, daß es die Lasten des Young-Planes nur übernehmen könne, wenn das Rheinland geräumt werde. England hat an der Rheinlandbesetzung kein Interesse. Frankreich hat das begreifliche Interesse an der Erhaltung eines möglichst großen Heereskontingents durch das deutsche Proletariat, während Englands militärische Interessen mehr auf Asien gerichtet sind. Es hat nach Beendigung des Fuad-Rummels zum xtenmale soeben Aegypten seine „Unabhängigkeit" versprochen. Die Gegenleistung Aegyptens (das verlangt die englische „Arbeiterregierung") ist der **Abschluß eines Defensiv- und Offensivbündnisses.** Das „alte Regime" in England preßte Aegypten mit englischen Truppen aus und unterjochte es. Aegypten mußte blechen, denn bei Weigerung hatte es gleich die Bajonette unter der Nase. Die schlaue „Arbeiterregierung" hofft dies durch die „Selbständigkeit", die sie Aegypten zu gewähren gedenkt, zu erreichen. Sie hofft, daß Aegypten sich selbst ausbeuten und den Ertrag dem englischen Kapital ausliefern werde. Das Mittel ist, daß sie dem Fuad, dem sog. König von Aegypten, einer Figur des englischen Petroleumkapitals, einen königlichen Flitter umhängt und ihm eine anständige Krippe füllt. Das ist die politische Homöopathie, die den ägyptischen Nationalismus mit schwächeren nationalistischen Aufgüssen ködert. Die ägyptische „Selbständigkeit" wird darin bestehen, daß einige eingeborene Kapitalsfürsten mehr Ellenbogenfreiheit in der Ausbeutung ihrer Sklaven bekommen. Das englische Kapital kann sich diese Geste seiner „Arbeiterregierung" leisten, da es das Land an seinem Lebensnerv umklammert hält. Aegyptens Glück und Ende ist das Nilwasser. Und dieses hält das englische Kapital an seinem oberen Lauf, im Sudan, in den Händen und kann es nach Belieben ab- und umleiten. Der Sudan ist von der „Selbständigkeit" ausgeschlossen.

Das ist die demokratische und pazifistische Geste der englischen Sozialdemokratie im Haag.

Frankreich, Belgien und Italien haben ein Interesse, daß Englands Militärmacht durch die Rheinlandbesetzung nicht gegen ihre Interessen gestärkt wird. Die Balkanstaaten haben ein Interesse an Reibungen zwischen England und Frankreich und unterstützen England als den Schwächeren im Haag. Japan anerkennt den Young-Plan, weil dieser Amerika — seinen Gegner — gegen England aufbringt. — Ein Intrigen- und Gauklerspiel, daß sich auf ein Dutzend weitere Staaten und auf eine unendliche Reihe kapitalistischer Interessen aufdecken ließe.

Im Haag wird um die Freiheit und den Arbeitsertrag der arbeitenden Massen gewürfelt. Ob diese nach dem Young-Plan oder dem Dawes-Plan ausgebeutet werden, kann ihnen gleich sein. Ihr Interesse erfordert, daß sie dem Kapital nicht die politischen Jongleure in die Parlamente wählen, die im Haag von neuem als Jasage-Maschinen demaskiert wurden, sondern daß sie sich ihrer Klassenkraft bewußt werden, um Besitzer ihrer Freiheit und ihres Arbeitsertrages zu werden.

Politische Rundschau

Es wird abgebaut

Der Zentralverband der Dachdecker hat an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Zuschrift gerichtet, in der er die Verschlechterungen aufzählt, die den Saisonarbeitern nach den Vorschlägen der „Sachverständigen" drohen. Und zwar:

1. Die Saisonarbeiter sollen die Karenzzeit verlängert bekommen.
2. Sie sollen mit der Unterstützung auf die Sätze der Krisenfürsorge herabgesetzt werden.
3. Nach der Zahl der wirklich geleisteten Arbeitswochen soll — stufenweise sich senkend — je weniger der Betreffende beschäftigt war, auch die Unterstützungsdauer gesenkt werden.
4. Sie sollen — wenn sie im Winter in der Heimat sind, nur die Sätze erhalten, die nach den dortigen Lebensverhältnissen errechnet werden.
5. Sollen ihnen natürlich Renten usw. ebenfalls angerechnet werden; alle übrigen Verschlechterungen trifft sie so gut wie andere.

Allein die hier aufgezählten Verschlechterungen treffen Millionen Arbeiter des Baugewerbes und dessen Hilfsindustrien, Erd-, Forst-, Gärtnerei-, Fischerei- usw.-Arbeiter. Von einer Reihe weiterer Verschlechterungen ist die gesamte Arbeiterklasse bedroht.

Im Reichskabinett bestehen „tiefgehende Meinungsverschiedenheiten" über die „Reform" der Arbeitslosenversicherung. Die sozialdemokratischen Minister wollen den Schmerz verteilen auf eine längere Periode, also ratenweise abbauen, wie man ja bekanntlich auch einer Katze die Schmerzen lindert, indem man ihr den Schwanz stückweise abhackt. Die direkten bürgerlichen Parteien wollen den Abbau gleich von vorne schärfer beginnen, so daß etwa in 2—3 „Reformen" die Arbeitslosenversicherung beseitigt ist.

Wissell (von dem der Reformvorschlag stammt) und Severing waren extra nach dem Haag gereist, haben dort aber kein Verständnis gefunden für ihr homöopathisches Prinzip. Das Zentrum schaukelt auch schon. Das Verlangen des Kapitals scheint demnach schon beschlossene Sache. Die Sozialdemokratie wird es zu einer kleinen „Kabinettskrise" kommen lassen, sie wird aber die schönen Ministerposten nicht gefährden. Das deutsche Proletariat ist am 10. und 11. August auf eine Probe gestellt worden. Es hat sich in seiner großen Masse auf die Seite der kapitalistischen Ausbeuterrepublik gestellt. Es wird nicht schwer fallen, die gewerkschaftsdisziplinierten Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie jetzt auch der Republik geben müssen, was diese zu ihrer weiteren Existenz nötig hat. Und dazu wird sehr bald auch das Verschwinden der Arbeitslosenversicherung gehören.

So lange die Arbeiter die Republik schützen und die Gewerkschaften unterstützen, die das Fundament der Profit-Republik sind, so lange dürfen sie sich nicht beschweren, daß man ihnen das Fell über die Ohren zieht, um die Republik, d. h. die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, zu erhalten. Sie müssen begreifen lernen, daß das Wohlergehen von Republik und Gewerkschaften ihren Untergang in die Sklaverei bedeutet.

Der Geburtstag der Republik

„Ruhiger Verlauf — nur 63 Verhaftungen".

Der Reformismus hat über das Proletariat gesiegt. Die Mehrheit der Arbeiter steht auf der Seite der Republik und damit auf der Seite ihrer Klassenfeinde. Es tut nichts zur Sache, daß dies in der Massenpsychose, aus Willenlosigkeit und Charakterschwäche geschieht. Auch 1914 war es nicht Heldenmut und Charakter, der einigen Massenschlächtern die Macht gab, die Proletarier vor die Kanonenschlünde zu treiben. Und doch dauerte die Metzelei 4 Jahre. Und im „Frieden" geht die Umwälzung der Ideologie, das Heranreifen der Erkenntnis bekanntlich viel langsamer vor sich.

Das Kapital mit seinem Herrschaftsapparat, genannt Republik, hat mit seinem Reformismus über das Proletariat gesiegt. Für die geistige Wendung im Proletariat wird es von Vorteil sein, daß das erstarkte Kapital zur seiner Machterhaltung und weiteren Machtentfaltung auch die nötigen Profite nicht entbehren kann. Und diese Profite müssen aus dem Proletariat herausgeschunden werden. Das amerikanische Kapital ist auf dem Höhepunkt seiner Produktion angelangt, die Marktübersättigung macht sich schon bemerkbar. Es wird schärfer als bisher auf dem Weltmarkt vorstoßen und dem deutschen Kapital den Markt streitig machen und beschneidet ihm obendrein die Kredite. Das deutsche Kapital wird fernerhin nicht mehr seine Kriegskontributionen aus Auslandskrediten bezahlen können, sondern sie aus den Proletariern herausschinden müssen. Die Republik wird ihren proletarischen Schützern künftig den Brotkorb noch höher hängen müssen. Wie das Proletariat über sein wilhelminisches „Vaterland" — für das es 4 Jahre durchs Feuer ging — zur Erkenntnis kam, so wird es auch hier das demokratische „Vaterland" einst erkennen. Es wird erkennen, daß da gar kein Unterschied ist, oder, falls es einen gibt, so besteht er doch nur in schärferer Ausbeutung, höheren Steuern und Abgaben und niedrigeren Löhnen. Den Vorteil stecken einige wenige Begünstigte, Emporkömmlinge auf dem Rücken des Proletariats ein. — Es kommt die Zeit!

Der Trubel in Berlin.

war ein guter militärischer Drill, der von einem Kaisermanöver nicht so sehr verschieden war. „Ruhiger Verlauf — nur 63 Verhaftungen" konstatiert die Journaille. Es waren zwar mehr, doch spielen einige Dutzend keine Rolle, denn es waren nur Proletarier. Und mit ein paar Jahren Knast vom Einzelrichter wird alles abgemacht sein, bis auf jene, die ein paar Wochen oder Monate das Bett hüten müssen mit ihren zerschlagenen Gliedern.

Daß „die Macht vom Volke" ausgeht, wurde damit bewiesen, daß Demonstrationsfreiheit war, die Bannmeile und alles Verbotene freigegeben wurde — alles, was klassenbewußten Arbeitern verboten ist — und daß die Soldateska auf seiten seiner Reichsbannergarde stand.

Der Reichsbannermord im Personenzug.

Wo es immer Mord und Totschlag gab, Rauferei und Räuberei, hatte die sozialdemokratische Presse nur Ueberschriften wie „Kommuniste Rowdys", „Organisierter Mord der Kommunisten" und ähnliche Lumpereien. Damit braucht gar nicht bestritten werden, daß die Thälmänner wie die Hitlerianer die Rauferei gegen andersdenkende Arbeiter zum Prinzip erhoben haben, um ihre proletarischen Rekruten zu beschäftigen und sie vom Kampf gegen das Kapital abzulenken. Nur daß nicht die Noskiten die berufenen Kritiker dieser Rüpeleien sind. Ihre kleinbürgerlichen Holzhelmgarden sind um kein Jota anders. Das muß jetzt auch die sozialdemokratische Presse eingestehen. Der Mord im Personenzug Berlin—Breslau läßt sich nicht anders deuten, als ein wohlüberlegter und organisierter Mord.

Achtzig Reichsbannerleute gegen einen Stahlhelmer.

In einem Abteil 2. Klasse befand sich ein Passagier, ein Stahlhelmmann, der Chauffeur Rademacher aus Quaritz, nebenan achtzig Reichsbannerleute. Zweie von ihnen, Herbert Stein und Günther Hahn, öffneten die Tür und stachen den einzelnen einfach nieder und ließen ihn verbluten. Die blöden Ausreden, die die sozialdemokratische Presse den Mördern in den Mund legt, daß nämlich der Stahlhelmmann der Angreifer gewesen sei, richten sich von selbst. Ein einzelner wird eine besoffene, johlende und gut bewaffnete Horde angreifen!?

Kommunistische Krakehler?

Ueber die Reichsbanner-Soldateska urteilt ein Artikel im Brandler-Organ „Gegen den Strom", das ja der Sozialdemokratie näher steht als der KPD.:

„Am 1. August, von der Antikriegs-Demonstration der KPD. kommend, verspürte ich große Lust, mir die sogenannte Friedensveranstaltung der SPD. im Friedrichshain anzusehen . . . Das erste, was wir sehen, ist ein Auto, in dem ein Polizeimann einem jungen Arbeiter brutal das Hinsetzen beibringt . . . Inzwischen schleifen sie wieder einen jungen Arbeiter vorüber. Der Schupo biegt ihm die Arme angestrengt nach hinten. Spießer amüsieren sich. Erster August! Ein Reichsbannerführer eilt auf den Offizier zu und grüßt, die Hand an der Mütze. „Bitte, kommen Sie!" sagt der Offizier.

Der Eingang des Platzes ist beinahe frei von Schupo. Dafür stehen Reichsbannerjünglinge Spalier, adrette, geleckte Knaben, die Sprößlinge ihrer Väter in den Ministerien, den Partei- und Gewerkschaftsschreibstuben. Sie mustern jeden eindringlich. „Alles in Ordnung?" fragt ein langes Gestell, Marke Sturmleutnant.

Ehe wir eintreten, streicht der schöne, als Proletarier verkleidete Lenz vom ZK. mit seiner Leibgarde an uns vorbei. Hat er sich nicht hineingetraut oder kam er ihnen — welche Erleichterung! — zu bolschewistisch vor?

Wir nähern uns der eingefriedeten Rasenfläche. Sirenen heulen. Dort besteigt ein Redner die Tribüne. Eine blonde Mähne flattert. „Berge von Leichen . . ." hören wir ihm rufen und wollen gerade dichter herangehen. Da sehen wir, wie aus dem Kreis, der den Redner umgibt, ein breitschultriger Mann herausgestoßen wird. Man zerrt, knufft und schüttelt ihn, wie man weiland den Spionageverdächtigen in den ersten Augusttagen mitspielte. Der Kragen ist ihm abgerissen worden. Dicke Männer schimpfen. Der Redner ist nicht mehr zu hören.

Wer ist der Mißhandelte? Einer der hundertprozentigen Schreihälse? Dahlem, Neumann oder gar der Remmele? Man stößt ihn weiter. „Nicht schlagen!" ruft jemand. „Was denn?" fragt ein Reichsbannermann. „Warum sollen wir sie nicht einmal ordentlich verprügeln?"

„Nicht schlagen!" bittet der andere wieder, zweifellos einer der Ihren. Jetzt erkennen wir den Angegriffenen. Es ist Jakob Walcher. Wir protestieren laut. Was nützt es! Sie schieben Walcher weiter. In der Reichsbannergilde herrscht eine geradezu chauvinistische Stimmung.

Jetzt sind wir dran. Die gutgebügelten Reichsbannerjungens beschimpfen uns. Die Feiglinge greifen meine Frau an, eine Genossin, die als Lucie Gottschar vor fünfzehn Jahren, als die Erzeuger dieser vaterländischen Bengels ihre Klasse verrieten, nicht weit von diesem Ort, am Königstor, mit der linken sozialdemokratischen Jugend bereits gegen den Krieg demonstrierte. Sie biegen ihr die Arme auf den Rücken. Die jungen Leute haben Bildung.

Nun ist es genug. Uns packt die Wut, und wir sagen ihnen Wahrheiten ins Gesicht, deren sie sich hoffentlich erinnern werden, wenn sie einstmalen als Kanonenfutter des Imperialismus auf den Schlachtfeldern verbluten. Man kommt sich vor wie auf einer patriotischen Kriegskundgebung. Ich sehe jemanden, dem die Tränen in die Augen stehen. — Ein Arbeiter erbietet sich als Zeuge . . .

Liebknechts Kampf gegen den Krieg

(Seine historische Bedeutung.)

II.

Eine besondere Wirkung hatte Liebknechts Kampf mit der Waffe der „Kleinen Anfragen". Durch Antwort oder durch Schweigen mußte hier die Regierung sagen, was sie ist und was sie will. Jede Anfrage war eine Fußangel. Er enthüllte die Lüge vom Vereidigungskrieg, indem er in immer neuer Form von der Regierung das Eingeständnis erzielte, sie sei zu keinem Frieden ohne Annexionen bereit. Er forderte die lückenlose Veröffentlichung der Dokumente über die Vorgeschichte des Weltkrieges, und alle Welt erfuhr, daß die Regierung alle Schuld zu verheimlichen suchte. Er deckte die Lüge von der „Neuorientierung" auf, indem er feststellte, daß die Regierung kein Programm hatte. Die Plünderung der Massen, die Entrechtung des Proletariats, das Wüten der Generalsdiktatur und der Klassenjustiz brandmarkte er, und gegenüber der heuchlerischen Entrüstung über das farbige Kanonenfutter der Entente, zeigte er an den Armenier-Greueln der Türken, welche Bestien die teuren Verbündeten des deutschen Kulturvolkes waren.

„Kleine Anfragen." Scheinbar ein Nichts, waren sie Ausrufungszeichen, Mahnungen an die Massen. Paßt auf, was gespielt wird! Und sie wirkten. Sie brachten die wohlaufgezogene Parlamentskomödie durcheinander, zersetzten die heilige Geschäftsordnung, erzeugten Stürme von Haß und Wut bei den Parteien, ein Zeichen, wie gut die Pfeile saßen. Sie trieben die Fraktionsmehrheit zu weiterer knechtischer Würdelosigkeit, und sie sorgten dafür, daß die 18 Dezemberhelden von der werdenden „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" (später USPD.) schon am ersten Tage ihrer Existenz ihre Knochenerweichung zeigten. Das war wirklich ein Ereignis. Am 21. Dezember standen die beiden Anfragen wegen der Greuel in Armenien und der Mißhandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten auf der Tagesordnung. Daraus wurde ein Ketzergericht gegen Liebknecht gemacht. Die „Eigenmächtigkeit, diktiert von persönlicher Eitelkeit" müsse aufhören. Der alte Geier meinte, Liebknecht richte die herrliche Einrichtung der „Kleinen Anfragen" zugrunde. Liebknecht erbot sich, die Anfragen zu verschieben, um die „große Aktion" wegen der Kriegskredite nicht zu beeinträchtigen; er werde aber auf seine Anfragentaktik nicht verzichten. Darauf wurde er aus der Opposition ausgeschlossen. Das war gut so, denn damit stand eindeutig fest, daß zwischen Liebknecht und dieser Opposition eine Kluft klaffte: „Hie Angstmeierei — hie Klassenkampf gegen den Krieg!"

Liebknechts parlamentarische Aktion stellte eine große revolutionäre Propaganda damals dar. Sie hatte ihre starke, aufrüttelnde Wirkung und zeigte aller Welt, daß die deutsche Sozialdemokratie in drei Richtungen zerfallen war. Natürlich konnte man sich damit nicht zufrieden geben. Es mußte eine Grundlage für die Propaganda geschaffen werden, die unabhängig von den Zufälligkeiten und den Beschränkungen der Parlamentsarbeit und unabhängig von den Niederträchtigkeiten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Berichterstattung war. Aus der Propaganda sollte die Aktion hervorgehen. Dazu war natürlich notwendig die Organisierung der Linken.

Wir hörten schon, daß sich am 4. August 1914 eine Gruppe von Genossen zusammenfand, an deren Spitze Rosa Luxemburg und Franz Mehring standen. Natürlich schloß sich Karl Liebknecht, der in dieser Zusammenkunft nicht sein konnte, sofort an. Auch Klara Zetkin erklärte von Stuttgart aus freudig ihre Mitarbeit. Die besten Namen der deutschen Sozialdemokratie waren hier vereinigt, für die große Aufgabe der Rettung des Sozialismus. Diese Gruppe sammelte zunächst um sich die revolutionäre Elite der Berliner Arbeiterschaft. Sie nützte alle Propagandamöglichkeiten im Reiche aus und suchte in den Bruderparteien die Gewißheit zu stärken, daß beim Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie der Gedanke der internationalen Kampfgemeinschaft aller Revolutionäre nicht erschlagen sei. (Reisen Liebknechts ins Ausland und lebhafte Korrespondenz mit einzelnen Genossen, Briefe an den „Labour Leader" usw. Spontan hatten sich vor allem in den Bezirken mit radikaler Tradition revolutionäre Gruppen zusammengeschlossen: im Rheinland, an der Wasserkante, in Württemberg und Sachsen. Fast überall stand die Jugendbewegung in offener Rebellion gegen ihre Vormünder und die ganze Parteitaktik. Aber es mangelte überall an Kenntnis der Tatsachen, an Klarheit, Anregungen und technischen Mitteln zur Erfüllung der nächsten Aufgaben. Dem mußte abgeholfen werden.

Unter größten Schwierigkeiten und oft bitteren Erfahrungen bildete sich nach und nach eine illegale Praxis heraus. Zunächst wurde Informationsmaterial über die Vorgänge in bescheidenem Umfange und gemeinsam mit der Gruppe um Ledebour, aus der die USP. hervorging, herausgegeben. Der Bildungsausschuß Niederbarnim zeichnete diese Zirkulare und gab ihnen damit einen gewissen parteilegalen Mantel. Diese Veröffentlichungen wudren zum ersten Bindemittel der Opposition über das ganze Reich hinweg. Sehr bald zeigten sich die Wirkungen. Die ganze Partei war zerwühlt von stürmischen Debatten. Die Leiden des ersten Kriegswinters weckten in den Arbeitermassen die Zweifel an der Richtigkeit der Kriegspolitik. Man fand manches Haar in den ewigen Siegen der deutschen Heere. Die Verlustlisten redeten eine ernste Sprache. Sie klangen anders als die Jubelhymnen der Presse. Es kam zu den ersten Unruhen in einzelnen Orten.

Da sann die Militärdiktatur die gefährliche Strömung zu ersticken. Am 7. Februar 1915 wurde Liebknecht als Armierungssoldat eingezogen, am 18. Februar wurde Rosa Luxemburg zur Verbüßung ihrer Strafe von einem Jahr Gefängnis (Frankfurter Urteil vom 29. Februar 1914 wegen Verhetzung von Soldaten zum Ungehorsam) verhaftet. Diese Maßregeln haben beide Kämpfer in ihrer Tätigkeit nur gehemmt, nicht gehindert. Daß sie nicht allein standen, bewiesen sie bald darauf. Am 15. April 1915 kam die erste Nummer der „Internationale" heraus. Ihr Name war ihr Programm. Ihre Gründer waren Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Der „Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit" sollte sie dienen. Im einleitenden Aufsatz stellte Rosa den Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale fest. Sie deckte seine Ursachen auf, wies glänzend die Kurpfuscherei der Kautskyaner zurück und zeichnete den Grundriß für den Wiederaufbau einer kämpfenden, ehernen Internationale. Unter dem Pseudonym Johannes Kämpfer deckte Karski den Untergrund der Kriegswirtschaft auf: „Die Arbeiterklasse bezahlt den Krieg mit ihrer Lebenskraft". Paul Lange zerfetzte die Lüge vom Kriegssozialismus. Käsedunker enthüllte die Verlogenheit der Bettelsuppenkriegshilfe. Die werdende Internationale zeigte Klara Zetkin. Leider ist nur die erste Nummer der „Internationale" erschienen, die Weiterherausgabe wurde von der Militärdiktatur unterdrückt. Aber der Titel wird der Name für die Bewegung, die sich um Rosa und Karl sammelte: „Gruppe Internationale", der später durch den Namen der illegalen Flugschriften „Spartakus" verdrängt wurde.

Im März 1915 fand die erste Reichskonferenz der Gruppe statt. Eine Organisation wurde geschaffen. Eine scharfe Trennung von den Ledebour-Kautsky-Leuten war damit noch nicht geschaffen. Sie wurde immer dringender, sollte nicht die ganze Opposition vermanscht werden. Die Trennungslinie zeichnete sich immer schärfer ab. An allen größeren Parteiorten gibt es heftige Auseinandersetzungen. Im Winter ist überall die Klärung soweit fortgeschritten, daß sich die Gruppe Internationale auf der Reichskonferenz Neujahr 1916 ein eigenes Programm geben kann. Die „Spartakusbriefe" werden als eigenes Mitteilungsblatt herausgegeben. Nun zieht auch die Massenpropaganda gegen den Krieg und für den revolutionären Kampf weitere Kreise. Schon im Mai ist ein Flugblatt: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" herausgegeben worden. Andere folgen in immer schnellerem Tempo. Die Arbeitsfreude der Genossen wächst. Ueberall zeigen sich Erfolge. Die Massen werden ernüchtert. Die Kriegsmüdigkeit wird allgemein und sie drängt zur Aktion. Dem Militarismus wird Angst. Harte Verfolgung setzt ein. Immer mehr Genossen wandern ins Gefängnis oder in den Schützengraben. Im Mai 1915 wird Pieck verhaftet. Im Juli Klara Zetkin, im August Ernst Meyer. Aber am 18. Februar 1916 wird Rosa Luxemburg nach Verbüßung ihrer Strafe wieder frei. Im Weibergefängnis in der Barnimstraße in Berlin schrieb sie die „Juniusbroschüre" unter dem Titel „Die Krise der Sozialdemokratie", eine glänzende und wuchtige Streitschrift.

Die Saat, die von Spartakus in den ersten zwanzig Monaten des Weltkrieges ausgestreut worden war, keimte, gedieh und trug Frucht. Zu spärlich noch für die mit den Schrecknissen des Krieges und dem Verfall der Sozialdemokratie wachsende Ungeduld der Säeleute. Aber die deutsche Bourgeoisie fühlte sich schon recht unsicher. Sie sah die Gefahren von innen und außen immer drohender auf sich eindringen. Sie fand, es sei Zeit, ein Exempel zu statuieren. Die deutsche Sozialdemokratie fand jetzt ein neues Opfer, das sie auf den Altar des Vaterlandes niederlegen konnte, wieder eine Stufe, um die sie sich erniedrigen konnte. Sie verbot im Interesse des Burgfriedens und der Granatenfabrikation den deutschen Arbeitern die Maifeier. Der „Ulk" verhöhnte am 1. Mai 1915 das verratene Proletariat durch ein Bild, auf dem Arbeitersoldaten die Internationale mit einer Ladung aus schwerem Geschütz begrüßen. Am 1. Mai 1916 rief der Spartakusbund die Berliner Arbeiter zur Demonstration auf. Es folgten etwa zehntausend Menschen. Karl Liebknecht war an ihrer Spitze. Er verteilte mit ihnen illegale Flugblätter und rief: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" Am Potsdamer Platz wird er verhaftet. Statt des Hochverrats, zu dem sich Liebknecht stolz bekannte, wurde ihm in der Anklage der schuftige Vorwurf gemacht, „einer feindlichen Macht Vorschub geleistet zu haben".

(Schluß folgt.)

Arbeiterschutz im Arbeiterstaat

Die Trud, das Organ der russischen Gewerkschaften, schreibt in ihrer Nr. 175 von diesem Jahre:

„Trotz aller Beschränkungen der Ueberstundenarbeit durch das Gesetz werden diese Arbeiten nicht nur nicht beseitigt, sondern nehmen den Charakter einer ständigen Erscheinung an.

Durch eine Revision des Arbeitskommissariats in 62 Betrieben wurde festgestellt, daß im ersten Halbjahr 1928 1 300 000 Ueberstunden geleistet wurden, von denen 1 066 000 Stunden von den Arbeitsinspektoren genehmigt worden waren.

Sind die Ueberstundenarbeiten tatsächlich immer notwendig gewesen? In der Regel nicht. Die Arbeiter- und Bauerninspektion unterstützt fast immer die Gesuche um Zulassung von Ueberstundenarbeit, die Arbeitsinspektoren beschränken ihre Kontrolle auf eine mechanische Herabsetzung der Ueberstundenanmeldungen der Wirtschaftsorgane. Da die Wirtschaftsorgane diese „Methode" der Arbeitsinspektoren kennen, so setzen sie in ihre Anmeldungen eine höhere Anzahl von Ueberstunden ein, als sie brauchen, und damit ist die Sache erledigt.

Ueberstunden werden nicht nur von qualifizierten Arbeitern, sondern auch von Aufwartefrauen, Schwerarbeitern („Krasny Putilowiz", Fabrik „Marty"), Nachtwächtern, Töpfern (Fabrik „Vulkan" in Leningrad) geleistet. Besonders zahlreich sind die Ueberstunden in der Papierindustrie und im Druckereigewerbe: auf einen Arbeiter entfallen in der Papierindustrie monatlich durchschnittlich 14,9 Ueberstunden, im Druckereigewerbe 11,4 Ueberstunden."

Auf der anderen Seite gibt es in Rußland einen viel größeren Prozentsatz Arbeitsloser als in den anderen europäischen Staaten.

Der Massenmord von Lupeni

62 Tote und 74 Verwundete.

Die Zahl der Opfer des Militärs in Lupeni beträgt, wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienstes" an Ort und Stelle nachprüfen konnte, insgesamt 62 Tote und 74 Verwundete. Unter den Verwundeten befinden sich einige Schwerverletzte.

Die rumänische Regierung gab bisher 23 Tote zu, eine an sich schon furchtbare Zahl. 62 Tote und 74 Verwundete sind wohl der Rekord aller blutigen Versuche, einen Streik mit militärischer Gewalt niederzuschlagen. 62 Tote klagen an! Was geschieht mit den Schuldigen? — Das fragt ausgerechnet der „Vorwärts", der über die Streikenden in schäbigster Form loszog.

Die rumänischen Kohlenarbeiter streiken nämlich nicht nach der amtlich abgestempelten und von den Kapitalisten genehmigten Gewerkschaftsdisziplin. Wohl aber schoß die Solnateska nach dem System Noske und nach dem Wehrprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Die Bergwerksarbeiter stellten nämlich auch die sog. Notstandsarbeiten ein, da sie unmöglich ein größeres Interesse an den Gruben und Maschinen, d. h. am Vermögen ihrer Ausbeuter haben können als diese selbst. Und die Elektrizitätsarbeiter machten es aus Solidarität ebenso. Jetzt haben sich die dortigen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit auf die Seite der Streikenden gestellt. Die Gewerkschaften gehören zwar nicht den Amsterdamern an, sie werden aber von ihnen niedergeknüppelt werden durch die Verweigerung jeglicher Tatsolidarität. Mit den Mitteln, mit denen die Arbeiter in Lupeni kämpfen, wird das Proletariat sich seiner Haut erwehren, wenn größere Arbeitermassen die Hörigkeit der Amsterdamer vom Kapital erkannt haben werden.

Heinrich Zille

Heinrich Zille ist am 9. August 73jährig gestorben. Zille kam von unten. Sein Vater war Goldschmied in Radeberg in Sachsen, wo er Jahre hindurch wegen einer übernommenen Bürgschaft im Schuldturm verbrachte, während die Mutter mit dem Jungen und einem Mädel sich in Berlin im tiefsten Elend mit erbärmlich bezahlter Heimarbeit durchs Leben schlug. Er lernte Lithograph und nahm Zeichenunterricht, wozu er sich den Taler monatliches Schulgeld durch Heimarbeit selbst verdiente. Als Künstler fand er erst einige Beachtung nach seinem 40. Lebensjahre; Anerkennung eigentlich erst nach dem Kriege. Er wurde jetzt mit dem ziemlich häufig verliehenen Titel Professor bedacht und 1924 Mitglied der Akademie der Künste.

Zilles Kunst waren Typen aus der Arbeiterschaft, ja, man kann wohl besser sagen, „aus der Hefe des Volkes". Er wird als „selbstbewußter Proletarier" und Revolutionär der Kunst angesprochen. Ein proletarischer Künstler war er nicht, d. h. seine Kunst war keine proletarische. Seine Frauengestalten waren durchweg schwanger und schmutzig, Gestalten, wie sie vor Jahrzehnten von bürgerlichen Witzblättern als „Halbwelttypen" des Scheunenviertels gebracht wurden. Das brachte ihm den Beinamen „Berliner Abort- und Schwangerschaftszeichner" ein. Und die Zille'schen Kinder erst, meistens Mädel, abgerissen und schmutzig, und alle so vollgefressen, daß sie aus den Kleidern platzten. Mit Arbeiterkunst hat das nichts gemein. Das klassenbewußte Proletariat muß das als Verunglimpfung zurückweisen. Es gibt wohl auch nur sehr wenige „Zille-Typen" im Berliner Lumpenproletariat.

Schon der ungemeine Anklang, den Zille im Bürgertum fand: Zillebälle, als Zeichner der illustrierten bürgerlichen Presse, der Verkauf seiner Bilder in den Geschäften des Westens, seine Dekoration mit dem scheinakademischen Grad, der Mitgliedschaft der Akademie, die Ehrenbeisetzung durch den Berliner Magistrat usw. deuten wohl darauf hin, daß er der Mann des Bürgertums war.

Und das Selbstbewußtsein als Proletarier? In seinen „Berliner Geschichten und Bilder" erzählt Zille, daß seine Mutter aus bunten Tuch- und Pelzresten kleine Schweinchen, Hunde, Katzen und Mäuse plastisch darzustellen verstand, was sie zur Anfertigung von Tintenwischern ausnützte. Die beiden Kinder halfen Tag und Nacht. In einem Geschäft, in dem Zille als Junge die schlecht bezahlte Heimarbeit absetzte, kaufte er bis zuletzt sein Zeichenmaterial und legte sein „Geld dafür auf denselben Tisch, auf dem ich als Junge den kargen Verdienst für unsere Arbeit mürrisch hingeschoben bekam". „Zille hat sich sein ganzes Leben dafür dankbar erwiesen . . . Das ist ein kleiner Zug von jener tiefanständigen Menschlichkeit, die ihn sein ganzes Leben ausgezeichnet hat". Das ist das Urteil des „Vorwärts", der es auch ist, der Zille das Prädikat „selbstbewußter Proletarier" beilegt. Beweis genug, daß das Proletariat in Zille nichts verloren hat, auch wenn ihm die bürgerliche Presse bis zur „Nachtausgabe" und die Größen der bürgerlichen Literatur weniger günstige Nachrufe gewidmet hätten.

Betrieb und Wirtschaft

Besserung am Arbeitsmarkt?

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung des Reiches zeigt, wie amtlich mitgeteilt wird, in der zweiten Juli-Hälfte einen geringen Rückgang. Sie sank von 720 000 auf 710 000, also um rund 1,5 Prozent. Der Rückgang bei den Frauen war stärker als bei den Männern; denn von der Gesamtabnahme der Unterstützten um 10 000 entfielen 7000 auf die weiblichen Unterstützten. In der Krisenunterstützung ging in der zweiten Julihälfte die Zahl der Unterstützungsempfänger von rund 191 000 auf 153 000, also um rund 38 000 zurück.

Am 10. August registrierte das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg 215 528 Arbeitslose oder 8113 gleich 3,63 Prozent weniger als vor einer Woche. Die Zahl der Unterstützten nahm aber nur um 4858 Personen ab. Es sind also trotz der Einstellungen, die wohl größtenteils für Erntearbeit und für die Konfektionsbetriebe erfolgten, Arbeiter in beträchtlicher Zahl entlassen worden, die die Unterstützenzahl wieder auffüllte. Die „Senkung" in den Registern des Arbeitsamtes dürfte überhaupt nichts weiter wiederspiegeln, als den Abbau der Krisenfürsorge des sozialdemokratischen Arbeitsministers Dr. ehrenhalber Wissell.

Die Arbeitslosenziffer laut den Registern ist bekanntlich auch noch bedeutend höher als vor einem Jahre. Seit dem 22. Juni, seit welcher Zeit nur Entlassungen gemeldet wurden, ist die Unterstütztenziffer immer noch von 117 612 auf 112 543 gesunken. Das dürfte wohl der Beweis sein, daß die Ziffern des Arbeitsamtes auf beiden Beinen hinken.

Höhere Produktion — größere Arbeitslosigkeit!

Das Landesarbeitsamt Rheinland stellt in seinem Bericht vom 9. August fest, daß die Ziffer der Arbeitslosen um diese Zeit 22 000 höher war als vor einem Jahre, obwohl die Produktion auf allen Gebieten seitdem bedeutend gestiegen sei. Das ist wohl ein ganz kleiner Fingerzeig, wohin die Rationalisierung das Proletariat führen wird. Wenn es auch so billig schuftet, daß seine Produkte auf dem Weltmarkt verschleudert werden können, es wird in steigendem Maße aufs Pflaster geworfen und muß hungern.

Rationalisierung bei Bemberg

Produktion verdreifacht — Belegschaft verringert.

Der Bemberg-Konzern bringt junge Aktien auf den Markt und schildert in dem Prospekt seine Wirtschaftslage. Der Konzern erzielte im Geschäftsjahr 1925/26 rund 21,5 Mill. Mk. Umsatz, steigerte diesen im folgenden Jahr auf 46,0 Mill. Mk. und erreicht im letzten Betriebsjahr 1927/28 57,5 Mill. Mk. Welche enormen Mehrleistungen in diesen Jahren aus der Belegschaft herausgeholt wurden, geht daraus hervor, daß die Belegschaft sich verringert hat, obwohl die Umsätze fast um das Dreifache gesteigert wurden. Zurzeit beschäftigt der Konzern 5150 Arbeiter und 480 Angestellte, davon entfallen auf die Barmer Betriebe 4500 Mann Belegschaft, so daß hier alein 600 Mann abgebaut wurden. Da die Verwaltung auf die bedeutende Besserung der Geschäftslage in den letzten Monaten hinweist, wird auch im laufenden Betriebsjahr bis 30. September 1929 mit einer weiteren Umsatzsteigerung bei Bemberg zu rechnen sein.

Die Gewerkschaften drillen das Proletariat, daß es bei der Rationalisierung stille halten muß, da der Erfolg schon kommen werde. Wie dieser für die Arbeiter aussieht, aus denen ein mehr als 200prozentiger Profit herausgeholt wurde, geht daraus hervor, daß die höchstbezahlten Facharbeiter in den Spinnereien sich mit 50 bis 55 Mk. brutto in der Woche begnügen müssen, während die Facharbeiter in der Wäscherei sogar nur 42 bis 45 Mk. erhalten. So sehen die Rationalisierungsgewinne der bestbezahlten Facharbeiter in einer Industrie aus, die seit fünf Jahren ununterbrochen steigende Profite abwirft. Das Gros der Arbeiter, die Frauen, werden mit erbärmlichen Taschengeldern als Lohn abgefunden.

Betriebsrätewahl bei Karstadt.

Im neuen Karstadt-Warenhaus in Neukölln fanden die Betriebsrätewahlen statt. Stimmberechtigt waren 2436 Angestellte und 1373 Arbeiter. Es stimmten ab 1300 Angesellte und 824 Arbeiter. Es erhielten Stimmen bei den Angestellten ZdA.: 877 und 9 Angestelltenräte; GdA. (D.-D.): 48 Stimmen und 4 Angestelltenräte; DHV. (deutschn.): 75 Stimmen. Arbeiter: „Freie" Gewerkschaften 728 Stimmen und 10 Arbeiterräte; H.-D.: 71:1; christl.: 25 Stimmen.

Die neue Knochenmühle, die den Arbeitern in der Arbeiterstadt Neukölln Mores lehrt und für die die gesamte „Arbeiterpresse" seit Monaten die Reklametrommel rührt, beschäftigt also ca. 4500 Arbeitskräfte.

Die englische Aussperrung

Eine Profitquelle für das mitteleuropäische Textilkapital.

Das deutsche amtliche Institut für Konjunkturforschung berichtet, daß sich der englische „Streik" schon bemerkbar mache in Deutschland. Da Deutschland aber nur etwa 5 Proz. (an Garnen wie an Geweben) seiner Eigenproduktion aus England beziehe, sei diese „Konjunkturbelebung" für das deutsche Textilkapital nur gering. Die deutschen Textilarbeiter können sich also beruhigt an die Brust schlagen, sie treiben nur 5 Proz. Streikbrucharbeit. Aber diesen Gedanken läßt die Gewerkschaftsdisziplin gar nicht aufkommen. Sie löst höchstens 5 Proz. Freude aus über die 5prozentige vermehrte Ausbeutung, für die das Kapital allein die proletarischen Judassilberlinge einsteckt.

Größer ist schon der Erfolg aus dem englischen „Streik" für die Tschechoslowakei, da diese mehr solche dem englischen gleiche Garne spinnt, wie Deutschland. In der Tschechei seien deshalb auch namhafte Bestellungen aus Deutschland und der Schweiz eingegangen, von Firmen, die bisher aus England bezogen. Dieser Bericht stammt allerdings aus der ersten Woche der Aussperrung, während sie jetzt fast 3 Wochen dauert. Im Augenblick ist die englische Aussperrung (das Konjunktur-Institut und seine journalistischen Nachbeter lügen hartnäckig: Streik) schon lohnender für das mitteleuropäische Textilkapital. Das Institut sagt denn auch freudestrahlend, daß bei längerer „Streikdauer" der Erfolg für das deutsche Textilkapital nicht ausbleiben werde. Im Augenblick, da wir diese Zeilen schreiben, haben die deutschen Textilarbeitergewerkschaften schon ihre Freude, denn die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung berichtet, daß weniger Arbeiterinnen entlassen und mehr eingestellt würden. „Die Textilindustrie belebt sich."

Diese Freude scheinen allerdings die englischen Gewerkschafts„brüder" verderben zu wollen. Aus England kommt nämlich soeben die Meldung, daß sich die englischen Textilkönige einem Schiedsspruch „unterwerfen" wollen. Die Rollen sind in England vertauscht. Die Gewerkschaften haben die Vertretung der Kapitalsinteressen gegen das ausgesperrte Proletariat übernommen. Die Gewerkschaften stellen die Bedingung, daß die Arbeit vor den „Verhandlungen" aufgenommen werden muß! Sonst stellt immer das Kapital diese Bedingung, aus dem leicht begreiflichen Grunde, weil dann die ausgehungerten Arbeiter nicht mehr aus dem Betrieb zu bringen sind. Das englische Kapital wird natürlich seine „Forderung" herabsetzen. Es wird nicht 13 Prozent vom Lohn kürzen, sondern vielleicht die Hälfte. Die 13prozentige Forderung war nie ernst gemeint. Und so werden auch die englischen Textilarbeiter-Gewerkschaften einen „Erfolg" haben. — Verrat auf der ganzen Linie.

Konjunkturwende in USA.?

Alle als Konjunkturbarometer sichtbare Anzeichen deuten darauf hin, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika von einer ernstlichen Konjunkturwende nicht mehr weit entfernt sind. Zwar ist die amerikanische Presse noch voll von Lobgehängen und Prophezeiungen auf die nie versiegbare Hochkonjunktur. Und daß die deutsche Presse in den Chorus einstimmt, ist erklärlich von Leuten, deren von den Wolkenkratzern geblendeter Blick höchstens noch die Rekordziffern einiger Riesentrusts sieht und denen das rücksichtslose Draufgängertum des Dollarfaschismus das höchste erstrebenswerte Ziel ist.

Die amerikanische Presse in ihrer Gesamtheit schwört sogar, daß die Hochkonjunktur noch im Anstieg sei und die Produktion sich zum Winter und zum nächsten Jahre notwendig heben werde. Und die zahlreichen Konjunkturforschungsbüros unterstützen sie in diesem Pessimismus. Dieser starke Glaube hat gar keine Berechtigung, da er auf Fehlschlüssen gar nicht wichtiger Beobachtungen beruht. Eine Anzahl Industrien, als wichtigste für die amerikanische Volkswirtschaft, die Auto- und Stahlindustrie, die in sonstigen Jahren im Sommer immer unter einer starker Depression leiden, sind in diesem Jahre gut beschäftigt. Und daraus schließt man ohne weiteres, daß sie sich, wie alljährlich, zum Herbst noch weiter günstig entwickeln werden.

Die Hoffnung ist trügerisch. Die Auto-Industrie als stärkster Stahlkonsument und daher führender Wirtschaftsfaktor produziert weit über den Bedarf. Die Lager und das gesamte Abzahlungsnetz der drei stark gegeneinander konkurrierenden Automobilgruppen sind überfüllt. Der Export kann sich kaum nennenswert über den bisherigen Satz von 15 Prozent der Gesamtproduktion heben. Die Auslandskonkurrenz macht die größten Anstrengungen, die schließlich vom amerikanischen Kapital selbst unterstützt werden, wie z. B. der Erwerb und der Ausbau von Opel durch die General Motors. Schließlich ist in der ganzen Welt, sehr stark in Amerika selbst, der Zug zur Produktion stabilerer Autos zu bemerken, die ein längeres Lebensalter der Wagen verbürgen. Die Automobilindustrie muß notwendig bald auf ihre geschichtlichen Schranken stoßen. Damit bekommt die Stahlindustrie einen harten Schlag.

Der nächststärkste Abnehmer der Stahlindustrie, das Baugewerbe, hat noch weniger Chancen. Der Wohnungsbau ist eigentlich schon zum Stillstand gekommen. Der vorhandene Wohnungsbestand wird schon — an den leerstehenden Wohnungen gemessen — auf 15 Prozent über den Bedarf geschätzt. Der Wohnungsbau wird notwendig in den nächsten Jahren vollständig zum Erliegen kommen. Auch die Regierungs- und Brückenbauten haben scheinbar nicht die Aussichten der letzten Jahre. Ein Rückgang der Automobilindustrie und des Wohnungsbaus mit ihren Rückwirkungen auf die Stahlindustrie, den Bergbau und die gesamte Kaufkraft des Landes hat auch seine Rückwirkungen auf Eisenbahn- und Industriebauten.

Die drei noch so stark beschäftigten Industrien zeigen also schon alle Symptome eines wirtschaftlichen Abstieges. Dazu kommen, als Ursache und Wechselwirkung, noch andere hinzu. Die vorjährige Rekord-Weizenernte in der ganzen Welt — hiermit wird der Irrsinn des kapitalistischen Produktionssystems gekennzeichnet — war ein starker Schlag gegen die Kaufkraft. Die amerikanische Landwirtschaft ist aus ihrer Krise, die einige Jahre nach dem Kriege einsetzte, noch nie herausgekommen. Sie löst aus der starken Ernte weniger als aus der vorjährigen schwächeren, da ja die Ernte auch in allen anderen Ländern gut war. Die amerikanische Landwirtschaft wirkt nicht nur auf die Automobilindustrie und auf das Baugewerbe konjunkturverschlechternd, sondern auf die gesamte amerikanische Volkswirtschaft. Aber auch direkte Krisensymptome sind schon wahrnehmbar, drüben. Die Statistiken der Abzahlungsgeschäfte — auch die der Automobilindustrie — zeigen schon jetzt eine stark rückläufige Kurve. Das amerikanische Abzahlungsgeschäft befaßt sich neben der Kleidung in der Hauptsache mit dem Absatz von Haushalts- und sog. Luxusartikeln, Möbel, Radio, Staubsauger, Eismaschinen usw. usw. Also alles Sachen, die bei rückläufiger Kaufkraft am ersten aufgeschoben werden. Die Auswirkung mit den schon angeführten Momenten wirken konjunkturverschlechternd in hohem Grade. Auch verschiedene Momente des Geld- und Kapitalmarktes und der Börsen bergen Krisensymptome. Ihre Erläuterung würde zu weit führen. Die angezogenen Momente genügen vollauf, um zu beurteilen, daß die ameikanrische Hochkonjunktur mit diesem Sommer ihr Ende nehmen muß und den Abstieg beginnen wird.

Der Abstieg in Amerika kann natürlich nicht plötzlich einsetzen. Dazu ist der amerikanische Wirtschaftskoloß zu sehr gefestigt. Die abschwächende Kaufkraft während der höchsten Phase der Hochkonjunktur mit ihrer, wenn auch einstweilen nur leisen Produktionsbeschränkung als krisenbegünstigendes Moment, ist auch gleichzeitig das hemmende Element gegen die

Groß-Berlin: Mitglieder-Versammlung Freitag, 23. 8., Andreasfestsäle, Andreasstr. 21

Krise. Es zeigt uns, daß die Ursachen auf Produktionsverbilligung, zum größten Teil auf Lohnersparnisse zurückzuführen sind. Teils ist es Lohndruck, teils Ersparung von Arbeitskräften durch Technisierung. Auf beiden Gebieten kann Amerika die Produktion noch bedeutend verbilligen und damit auf dem Weltmarkt Erfolge erringen. Das bedeutet aber die europäische Ware vom Weltmarkt verdrängen, vor allem vom amerikanischen. Dazu kommt, daß die Schutzzollbewegung in Amerika immer weitere Fortschritte macht.

Der Konjunkturabstieg in Amerika hat also für das deutsche Proletariat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Lohndruck und verstärkte Ausbeutung sind für es die Folgen. Der schon begonnene Vorstoß des deutschen Kapitals wird sich hier in immer größer werdenden Zusammenstößen zwischen Kapital und Arbeit fortsetzen. Dazu gilt es zu rüsten.

Aus der Bewegung

AAU. Rheinland.

Die Bezirksleitung Rheinland-Westfalen berief zum 11. 8. eine Bezirkskonferenz der AAU. ein, um zu der „neuen" Taktik der RAA., der AAU. Stellung zu nehmen. Einige Tage vor der Konferenz versandte der RAA. ein Rundschreiben an die Ortsgruppen des Inhalts, daß ihm scheine, die Bezirksleitung entwickele zu wenig Aktivität. Die „Aktivität" des RAA. bestand nun darin, einmal die Bezirksleitung der „Sabotage" zu bezichtigen und zum zweiten, aus dem Ruhrgebiet, aus Frankfurt, aus Holland ihre Mannen aufzubieten zu einem Ueberrumpelungsversuch. Von Holland war aber niemand gekommen. Die Bezirksleitung und die Ortsgruppen Düsseldorf, Köln, Bonn usw. durchschauten jedoch sofort das Manöver. Die Delegierten Rheinland-Westfalens beschlossen, daß sie ihre Konferenz in dem von ihnen festgelegten Sinne zum Abschluß bringen, und anderen Delegierten kein Stimmrecht zubilligen könnten. An einer allgemeinen Diskussion über die „neue" Taktik hätten sie nichts einzuwenden.

Der den dortigen Genossen nur zu gut bekannte M. hielt nun ein „Referat". Da ein Berliner Genosse der Partei anwesend war — von den Genossen angefordert —, konnte M. seinen Schlager von der „Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie" nun gar nicht an den Mann bringen. Es sei ausdrücklich festgestellt, daß dieser Bursche davon trotz völlig klarer Darstellung der Seite der Partei kein Wort erwähnte! Da seinem „Referat" somit der eigene kluge „Inhalt" fehlte, faselte er ohne jede Position alles mögliche konfuse Zeug zusammen. Der Hauptschlager war, daß die Partei sich vor Noske! — verteidige. Wenn Noske meine, die KAPD. würde durch Postraub finanziert, und die Partei weise eine solche freche Verleumdung zurück und stelle dem ihre grundsätzliche Auffassung des Massenkampfes entgegen, so sei das „Spießertum". Das andere war ein Gemisch von Erfindungen und bloßem kleinen Klatsch. Die Delegierten schüttelten in ihrer Mehrzahl die Köpfe. Ein Delegierter aus Düsseldorf, der 1923 die oppositionelle Meinung Rheinland-Westfalens verfocht, und den M. gegen die Partei „auszuspielen" gedachte, setzte klar auseinander, daß die damalige Situation nicht mit der heutigen verglichen werden könne, und daß damals die Berliner Genossen die Wurzeln der Abenteurer Kurz und Michaelis sehr scharf gesehen hätten. Er verwahrte sich dagegen, ihn für die „neue" Taktik zu rekrutieren.

Wasseler, der sich selbst „delegierte", gab dann dem Geschwätz des „Referenten" des RAA. die „politische" Note. Ein Krieg zwischen Rußland und China stehe kurz bevor, meinte er, und der Young-Plan sei eben kurz davor, in die Luft zu fliegen, und da wäre die These: „rücksichtslose Auslösung von Wirtschaftskämpfen" eben gerade notwendig.

Nach der sachlichen, aber scharfen Zerpflückung der heillosen Verwirrung der „neuen" Taktiker und ihrer Taktik zerrann denn auch die „Theorie" der verzweifelten Kretins in natürliche Konfusion von Elementen, deren persönliche Qualifikation nicht die mindeste Gewähr bietet. Die Methode, Arbeiter aufzufordern, das Vertrauen proletarischer Verlagen zu brechen zugunsten überführter Lügner, wurde als aussprochene lumpenproletarische Gemeinheit gegeißelt, die die Moral der personellen Vertreter einer solchen Taktik zeige. Die Delegierten Rheinland-Westfalens stellten sich in ihrer überwiegenden Mehrheit auf den Standpunkt der Partei und forderten außerdem, der persönlichen Qualifikation von Referenten der Partei in Zukunft die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Daß ein im Vordergrund stehender Genosse — wie zeitweilig M. — die Versammlung im Stich läßt und sich im Faschingrummel ergötzt, weil er die Maske nun einmal hat, ist nicht gerade ein Zeichen revolutionären Bauwiltseins. Daß solche Gestalten sich anmaßen, andere zu infamieren oder ohne Befragung der Mitgliedschaft „auszuschließen", ist ein Zeichen, daß es sich hier weniger um eine politische Richtung, als vielmehr um ausgesprochenes Abenteurertum handele.

In die Enge getrieben, wurde auch zugegeben, daß auf einer Konferenz der neuen Taktiker die Gegensätze so scharf aufeinandergeprallt sind, daß der Vertreter der konsequenten Revision des AAU.-Programms den Saal verließ. Man bettelte ihn, seiner eigenen Schwäche bewußt, seine „Kraft" doch weiter zur Verfügung zu stellen. Dieses Bekenntnis zeigte zur Genüge, daß die Verleumdungskampagne des M. und C. nur das Trommelfeuer ist, um die schon deutlich sichtbaren Pläne durchzuführen, von denen man noch nicht zu sprechen wagt.

Die Bezirkskonferenz lehnte diese Manöver kategorisch ab und beschloß den sofortigen Bruch mit Elementen wie ein gewisser Ther, usw., deren unehrlichen und abenteuerlichen Gelüste als Bestandteil der „neuen Taktik" am Platze sein mögen, aber gerade in einer revolutionären Organisation keinen Platz haben.

Alle Proletarier, die aus falschem Mißtrauen heraus dem Desperado der revolutionären Bewegung Gehör schenkten, fordert die Bezirkskonferenz auf, gemeinsam mit der Partei den Kampf aufzunehmen um die politischen und moralischen Grundlagen der revolutionären Arbeiterbewegung.

Aus der Internationale

Oesterreich

Sodom und Gomorra.

Wien, 9. August.

Ein sodomitisches Strafgericht ist gestern über Wien hereingebrochen. Schon während des Nachmittags konnte man ungewohnte Gestalten über die Ringstraße ziehen sehen, trieflugige Wesen mit hängenden Mäulern, wie sie nur hinter Scheunen und Ställen in den abgeschiedensten Bergdörfern Tirols vorkommen. Produkte sodomitischer Gebräuche, Kreuzungen zwischen Kälbern, Landkötern und Gnomatteppen. Heimwehr. Dieses Sodom war über Wien hereingebrochen, um den Arbeitern den Dreck vorzudemonstrieren, den das Aufmarschverbot des „Landeshauptmanns" Seitz wert ist. Abends fing dann der Sautanz an. Gröhlende Heil- und Pfuirufe, Trampeln des Viehs über die historische Demonstrationsstraße, dabei als Novum das Spielen der „Volkshymne", des Kaiserliedes, unter heisergeschrienen Hochrufen der Polizeikonfidenten, ekstatischen Zurufen der Mariazellerinnen und Kommerzreuther und des zugrundegerichteten, aber munter fortbestehenden „kleinen Mannes". Der Boden, der für immer geweiht sein sollte von dem Blut, das vor zwei Jahren die unversöhnlichen Helden des Juli im roten Flammenschein vergossen haben, Ringstraße, Justizpalast, Votivkirche, Hörigasse, wo vor zehn Jahren das revolutionäre Proletariat mit blutigen Händen die Republik der Bourgeoisie entwinden wollte, niederkartätscht von den Salven der Elderesch und Renner, heiliger Boden, Stätten, die unsere Enkel mit ehrfürchtigem Schauer betreten werden — geschändet, zertrampelt von den Fußtritten einer dunkeln, bis ins Mark korrupten „Bewegung", vor der der Bourgeoisie selber graust. Hundert Gewehre am 15. Juli — die faschistische Entwicklung wäre im Keim zertreten worden! Wann werdet Ihr das begreifen, Ihr Verächter des „individuellen Terrors", Ihr erbärmlichen Spießer, Ihr Geschichtsphilosophen, wann wird Euch ein Licht aufgehen über die Rolle der Gewalt in der Geschichte? Wann werdet Ihr verstehen, warum Marx den Aufstand eine Kunst nennt und nicht ein Nebenprodukt der Entwicklung! Natürlich gibt es auch einen Moment, und darin liegt ja das Fatale, wo der historische Moment dann eben vorbei ist, und das ist in Oesterreich heute der Fall. Wie in Italien hat auch hier die Sozialdemokratie den Kapitalismus vollständig unberührt gelassen, dabei aber aus demagogischen Gründen so getan, als ob eine Art Sozialismus, rotes Wien usw. bestünde. Für alle Greuel des kapitalistischen Systems ist nun der Sozialismus verantwortlich! Der Haß des Kleinbürgers gegen das Großkapital entlädt sich gegen die herrschende Sozialdemokratie, das „rote" Wien, die roten Hunde. Der Beamte, der abgebaut wird, ruft aus: So geht es uns im roten Wien! Die roten Hunde sind für den Kapitalismus verantwortlich, und daß sie es in Wirklichkeit ja tatsächlich sind, darin liegt eine gewisse Stärke der faschistischen Bewegung. So müssen Marxismus, Sozialismus und proletarische Revolution es büßen, daß sie nicht angewendet worden sind. Schließlich hat dann auch der Proletarier keine besondere Ursache, einem „roten Wien" anzuhängen, in welchem er ebenmal mehr hungern muß als im kaiserlichen, und der Weg für den Faschismus liegt vollständig frei: Ein größeres Verbrechen, als den Kapitalismus Sozialismus zu nennen, gibt es überhaupt nicht; denn dadurch wird der Sozialismus vollständig diskreditiert, wird ihm jede Werbekraft genommen und der faschistischen Reaktion die Bahn gebrochen. Hierin liegt ja auch der Grund, weshalb Rußland sich zu immer klarerem Faschismus entwickeln muß, und weshalb wir die Bolschewiken, die Meister im Umlügen des Kapitalismus, mit unauslöschlichem Haß verfolgen und bis ans Ende verfolgen werden.

Die Ereignisse entwickeln sich in einem Tempo, das der podagristischen Sozialdemokratie ein bißchen zu rasch ist. Sie ist wie ein paar dutzendmal vor den Kopf geschlagen, sie bringt in Augenblicken mehr Bödheit auf als früher in vierzig Jahren, sie kann auch nichts tun. Einer der wesentlichsten Geldgeber der Heimwehr ist der deutsche Imperialismus. Geplagt von der Furcht, daß der österreichische Bruder im nächsten Krieg das Schulter-an-Schulter nicht mehr mitmachen wird, will der deutsche Imperialismus eine verläßliche treudeutsch-vaterländische Kriegsteilnehmerarmee in Oesterreich aufbauen. Ueber ein faschistisches Oesterreich will die deutsche Bourgeoisie zu einem Kriegsbündnis mit Italien und Ungarn gegen Frankreich gelangen. Die Papstleute, seit jeher die rechten Hände Noskes und Severings, erhalten Waffen, Munition, Giftgase und was sonst zur Sache. Die Deutschums gehört, von der deutschen Regierung; daß Gelder direkt aus der Hand Severings kommen, weiß jedes Kind. Gegen wen soll die SPOe. eigentlich kämpfen? Gegen Severing? Gegen die SPD.? Riesige Waffenbestände, die im Besitz der österreichischen Arbeiter waren, sind von den Bonzen verschleppt, verkauft, zuletzt der Regierung und so den Heimwehren ausgeliefert worden. Gegen wen soll die SPOe. eigentlich kämpfen? Gegen Ellenbogen? Gegen Seitz? Gegen die SPOe.?

Noch ist Oesterreich nicht faschistisch, aber auch unter dem Faschismus geht der Klassenkampf weiter. Die revolutionären Kommunisten werden weiterkämpfen, mit denjenigen Mitteln, die jeder Situation angepaßt sind. Freilich ist heute nicht der 15. Juli. Nicht nur Taten, auch Worte sind notwendig, Aufklärungsarbeit, um das Proletariat vor der völligen Verumpfung und Pervertierung aller Begriffe zu bewahren. Die internationalen Genossen aber sollen die Entwicklung in Oesterreich studieren und ihre Lehren der Arbeiterschaft vermitteln, um ihr wenigstens einen kleinen Teil des langen Leidensweges zu ersparen, der zur endlichen Befreiung und zum Triumph des Weltkommunismus führt — trotzalledem!

Chronik

Einwanderungsbeschränkung auch in Kanada.

Wie die Vereinigten Staaten, hat nunmehr auch Kanada zur Beschränkung der Einwanderung gegriffen. Bis Ende des Jahres wurde jede Zuwanderung aus Europa untersagt. Es ist noch nicht lange her, als Kanada noch gewaltig die Reklametrommel rührte, um billige europäische Arbeitskräfte anzulocken. Es gibt wohl noch sehr große Strecken fruchtbares Land, das urbar gemacht werden könnte, große Wälder und ebenso unerschlossene Kohlen- und Erzlager. Es fehlt aber das Kapital, d. h. der Absatz aus dem Profit kapitalisiert werden könnte, um dort Wirtschaft zu beginnen.

Großer Textilarbeiterstreik in Britisch Ost-Indien. In Kalkutta ist die Zahl der Streikenden auf 120 000 gestiegen. Ueber 20 000 Webstühle, d. h. fast die Hälfte aller vorhandenen, liegt still. — Auch in Bombay hat sich die Streiklage verschärft. Die Meldungen von der Beilegung waren fromme Wünsche.

Generalstreik in Buenos Aires. In der Hauptstadt Argentiniens sind die Arbeiter in den Generalstreik getreten. Da sofort das Militär gegen die Arbeiter mobilisiert wurde, kam es zu blutigen Zusammenstößen.

75 Todesopfer erforderte eine Kohlenstaubexplosion in der Kaschinagrube in Japan. Das Arbeitsministerium „untersucht", — wie nach jedem Massenmord der Profitbestie.

Ein Bekleidungsarbeiterstreik mit 80 000 Beteiligten aus der Damenkonfektion ist in Amerika ausgebrochen. Es streiken Philadelphia, Boston, Chicago, Cleveland, Baltimore, Cansas City, Toledo und Toronto (Kanada); in New York arbeiten 45 000 Arbeiter weiter, da sie durch Tarif bis zum 1. Dezember gebunden sind. — Gewerkschaftstaktik, die Hälfte streikt, die Hälfte macht Streikbruch, damit die Kundschaft und der Profit nicht leidet.

Wieder Schuldturm in Frankreich. In Limoges ist der Geschäftsführer des KP.-Blattes, ein 70 Jahre alter Rathausdiener, verhaftet worden, weil das Blatt die ihm auferlegten Geldstrafen nicht bezahlen konnte.

32 Todesopfer in Waldenburg, nachdem noch mehrere der Verletzten der Schlagwetterkatastrophe gestorben sind.

Polizeimassakers gegen Streikende in Rumänien. Die Polizei in Lupeny in Siebenbürgen schoß ohne Grund, nur auf Befehl der Grubenbarone, in eine Schar streikender Bergarbeiter, tötete 16 und verwundete über 100.

Buchbesprechungen

Upton Sinclair: Boston. Malik-Verlag. 800 Seiten, kart. Mk. 4.80, in Leinen Mk. 7.—

Es ist ein angenehmes Gefühl, im Zeitalter der Rekorde auch einmal über einen Rekord Erfreuliches berichten zu können. Denn auch Upton Sinclair bricht mit seinem neuesten Werk einen Rekord: seinen eigenen.

Der große amerikanische Arbeiterdichter erscheint uns in diesem Buch als Gesellschaftskritiker von einem Ausmaß, gegen den Emile Zola und die Kritiker des zaristischen Rußland zurücktreten, wenn wir die Arbeiten an ihrem Wert für den Klassenkampf der Arbeiter messen. Sinclair wächst an seinem Stoff, nicht nur als Künstler und Literat, sondern vor allen Dingen als auftretender politischer Propagandist für den Befreiungskampf der Arbeiter.

Der Autor stellt dem Leben und Wirken Sacco's und Vanzettis und dem Prozeß gegen sie das Leben der amerikanischen „Gesellschaft" und einen Betrugsprozeß in der höchsten Bostoner Gesellschaft entgegen und zeigt so die Klassenjustiz in einem Lichte, die sie unmißlich als Klassenjustiz, als Herrschaftsinstrument, als bewußtes, mehr aber als zwangsläufiges Werkzeug des Kapitals erkennen läßt. Obwohl die Justiz in allen anderen Ländern ebenfalls nichts anderes ist als ausführende Organe der herrschenden Kapitalsschichten, zeigt uns Sinclair die amerikanischen Verhältnisse noch in einer Weise, daß beim Lesen sicher auch jene Bedenken bekommen mögen, die uns Amerika immer als das Arbeiterparadies hinstellen.

„Boston" ist nicht nur ein historischer Roman von bleibendem Wert, sondern auch ein Abschnitt Zeitgeschichte, den künftige Geschichtsschreiber nicht gut werden entbehren können. Den Wert für die Arbeiterklasse symbolisiert wohl am besten die Tatsache, daß die amerikanische „Gesellschaft" Sinclair auf Grund dieses Buches zu boykottieren versucht. Um so mehr sollten es Arbeiter lesen.

Wichtige Broschüren für den Klassenkampf.

Engels, Grundsätze des Kommunismus	0,20 Mk.
Gortler, der historische Materialismus	1,— Mk.
—, Offener Brief an den Genossen Lenin	0,50 Mk.
—, Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie	1,20 Mk.
Lenin, Staat und Revolution	1,20 Mk.
Liebknecht, Das Zuchthausurteil	1,— Mk.
—, Klassenkampf gegen den Krieg	0,50 Mk.
—, Politischer Nachlaß	2,50 Mk.
Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?	0,40 Mk.
—, Rede zum Programm	0,15 Mk.
—, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	0,40 Mk.
—, Die russische Revolution 1917	0,25 Mk.
Marx, Klassenkämpfe in Frankreich	0,60 Mk.
—, Der Bürgerkrieg in Frankreich	0,50 Mk.
—, Briefe an Kugelmann	0,90 Mk.
—, Das kommunistische Manifest	0,15 Mk.
Marx-Engels, Programmkritiken	1,20 Mk.
Mehring, Kriegsartikel	0,75 Mk.

Neue Bücher.

Lehmann-Rußbüldt: „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie	brosch.	1,— Mk.
Dr. med. Reich: „Sexualerregung u. Sexualbefriedigung	brosch.	—,70 Mk.
Tucholsky: „Deutschland, Deutschland über alles"	brosch.	3,20 Mk.
	Leinen	5,— Mk.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.**

Organisatorische Mitteilungen

Ortsgruppe München.

KAP., RBO. u. KAJ. Zusammenkünfte: Alle Freitage 7.30 Uhr im „Schillerhof", Schillerstr. 123. Vorträge, Gruppenabende, Zahlabende. Die „KAZ." liegt dort aus.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.

Sympathierende und KAZ.-Leser haben Zutritt.

Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Nowawes.

Allgemeine Mitgliederversammlung am 23. August bei Gebauer, Wallstraße 62.

Abonnements-Annahmestellen für Berlin.

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Str. 28, Hof II.
Osten: K. Herold, Thürschmidtstraße.
Süden: Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Lausitzer Platz 13.
A. Fischer, Neukölln, Zietenstr. 71.
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollostr. 16.
Grünau: Otto Hoch, Cöpenicker Str. 119.
Nowawes: Herm. Dummer, Marienstr. 4.
Rosenthal: K. Sanderhoff, Edelweißstr. 36.

Reich.

Aschersleben: W. Straube, Marienstr. 19.
Bonn: J. Blatzheim, Sternstraße, Baracke II.
Düsseldorf: V. Groß, Kirchstr. 32.
Düsseldorf-Holthausen: J. Esper, Heyestr. 4.
Frankfurt a. M.-West: A. Gillmeier, Pröbelstr. 2.
Halle (Saale): W. Balthasar, Jakobstr. 27.
Klostermannsfeld: Bogusch, Siebigerader Str. 60.
Köln (Rhein): K. Ketzschau, Zülpicher Str. 32.
München: E. Schulze, Hopfenstr. 8, Rg. 2.
Naumburg (Saale): W. Stellenberger, Weichaugrund 19.
Ortelsburg (Ostpr.): Gustav Schiwy, Beutner Str. 41.
Silberbach Nr. 25 b. Selb i. Bayern: Richard Küspert.
Steinach (Thüringer Wald): E. Müller, Am Bahnhof 2.
Stolp (Pommern): Oskar Maniszewski, Lachsbleuse 14.
Suhl (Thüringen): Max Schneider, Judithstr. 56.
Weißenfels (Saale): Artur Löscher, Georgenberg 11.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N.
Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Izsdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: ..

Ort: ..

Straße: ..

10. Jahrg Nr. 34 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, August 1929.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,16 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Fratze der Geldsackdemokratie

Die Millionen Erwerbslosen können verrecken

Je näher die Entscheidung für die „Reform" der Arbeitslosenversicherung rückt, desto klarer wird, daß sich die phantastische Phraseologie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf die Frage zuspitzt: „Wie sag' ich's meinen Kindern?" Der „Entwurf", der nun von den „Regierungsparteien" vorliegt, und der bekanntlich an dem „Prinzip" nicht rüttelt, gestattet eine so gründliche Reform, daß über das „Prinzip" wohl nicht mehr zu reden ist. Ausschluß der unständig und geringfügig Beschäftigten aus der Arbeitslosenversicherung. Beschneidung der Saisonarbeiterbezüge, oft bis auf die Hälfte. Verlängerung der Karenzzeit auf vierzehn Tage. Anrechnung aller Renten, aller Warte- und Ruhegehälter auf die Unterstützung. Sperrfristverlängerung von vier Wochen bis auf sechs Monate. Erweiterung des verwaltungsmäßigen Abbaus und Einschränkung des Kreises der Unterstützten usw.

Die Arbeiterklasse muß jedoch die Dinge noch von einem anderen Gesichtspunkt betrachten. Die Erwerbslosenversicherung, auch in der bestehenden Form, sichert das Proletariat keineswegs vor dem Versinken in den sozialen Abgrund. Hunderttausende werden von ihr gar nicht erfaßt, und weitere Hunderttausende vegetieren mit ihren „Krisen"sätzen hin, verhungern langsam. Wenn daher die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vorgeben, ein Gesetz zu verteidigen, daß dem Proletariat einen ausschlaggebenden Rückhalt in den Krisenstürmen der kapitalistischen Ordnung bietet, so ist das der alle dummdreiste Versuch, sich angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie auch dieses letzte „soziale" Pflästerchen von ihrer Republik abreißt, als „berufene Interessenvertretung" der Arbeiterklasse aufzuspielen, „Rechte" zu verteidigen, die die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften „erkämpft" haben.

Die zehnjährige Geschichte der demokratisch-kapitalistischen Republik ist ein offenes Buch für den, der darin lesen will, wie es mit diesen „Rechten" aussieht. Wer entsinnt sich nicht mehr an den „marschierenden Sozialismus", an die „Sozialisierung des Bergbaues" usw.? Das Proletariat hat sich in jeder entscheidenden Situation mit Phrasen abspeisen lassen, und die Bourgeoisie war nach den Sturmzeichen nach dem Kriege klug genug, da Konzessionen zu machen, wo sie ihr „Prinzip", die Heiligkeit des Privateigentums rettete. Mit der fortlaufenden Festigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht unterwarf sie stets selbst diese Konzessionen, denen sie einstmals zustimmte, immer wieder einer erneuten Prüfung, wenn sie sich stark genug fühlte, und zeigte so dem Proletariat, daß **Verfassungsfragen** eben **Machtfragen** sind!

Wenn daher die Sozialdemokratie heute groß und breit betont, daß ja dieselben „Spezialisten", die heute gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz Sturm laufen, dasselbe aus der Taufe gehoben hätten, und sich so selbst blamieren, weil sie ihr eigenes Werk herunterreißen, so „vergißt" sie eben, daß die Bourgeoisie weiß, was sie will, und daß sie weiß, wen sie vor sich hat. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, das Proletariat mit einer „Errungenschaft" so lange zu betölpeln, bis die Bourgeoisie so weit ist, auch diese lästigen Schönheitsfehler wieder auszumerzen. Die Entrüstung der Steigbügelhalter des Kapitalismus ist lediglich die Entrüstung der betrogenen Gauner.

Die bürgerlichen Parteien wissen nur zu gut, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einen ernsthaften Widerstand gar nicht leisten können. Selbst die „linke" „Leipziger Volkszeitung" paukt kräftig auf der neuesten Formel herum, die findige Köpfe ausknobelten, daß die Verständigungsbereitschaft der Sozialdemokratie die eine Grenze finde, wo die elementarsten Rechte des Proletariats in Gefahr kämen. Bis heute waren also die „Rechte" des Proletariats noch nicht in „Gefahr", bis heute konnte man, sorglos grunzend wie eine alte Sau, im Ehebett der Koalition stinken. Die Schlichtungsspitzel der Kapitalisten, die das Proletariat niederhält, die fasende Teuerung, das Hundeleben der „Unterstützten" und erst der recht von der „Unterstützung" ausgeschlossenen Massen berührt alles noch nicht die „Rechte" der Arbeiter, ist also das unbestreitbare Recht der Kapitalisten! Es wird also auch diese „Gefahr" abgewehrt werden. Man sieht, es ist nichts leichter, als auf Grund einer solchen Formel zu „beweisen", daß das Proletariat wieder einmal „gesiegt" hat.

Im Hintergrund lauert nämlich die Regierungskrise. Die Sozialdemokratie kann sich eine „Opposition" leisten, wenn größere soziale Konflikte verdrängt werden durch die Prosperität der Wirtschaft und damit durch Einbeziehung der Erwerbslosen in die Produktion. Dann wird ihre „Opposition" nicht gefährlich — auch für ihren eigenen Bestand. Aber jeder Laie sieht heute, daß das Millionenheer der Arbeitslosen eine Dauererscheinung bleibt, daß die Entwicklung des Kapitalismus dies bedingt und damit die Klassengegensätze eben eine ungeheure Verschärfung erfahren. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verleugnen die revolutionäre Aktion des Proletariats und gehen den Weg der „Demokratisierung" des Kapitalismus. Die politische Konsequenz ist die wirtschaftliche und politische Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie.

Eine Regierungskrise bedeutet daher für die Sozialdemokratie die Demokratisierung ihres eigenen Bankrotts als Partei. Deswegen wird die Sozialdemokratie alles schlucken, um nur die „Krise" zu vermeiden. Das ist nicht leicht, gewiß! Der Dinge sind zu viele, um leichtsinnig damit umzugehen. Die Panzerkreuzerräfäre, der Blutmai, nun wieder das Fiasko, das man Kanonen bewilligte, und doch keine „Volksrechte" dafür eintauschen kann; das alles kommt so hart aufeinander. Es ist ein Höchstmaß von Erfahrungen bezüglich des Einseifens der eigenen Anhänger nötig, um glücklich auch um diese Klippe zu kommen. Daher die kräftigen Worte. Dazu noch in einer Zeit, wo eine Hochflut der Arbeitslosigkeit bevorsteht, ein Winter, vielleicht nicht so „kalt", aber für die Massen der Erwerbslosen trostlos genug.

Die Arbeiter haben die Feier des zehnjährigen Bestehens des umgetauften Vaterlandes hinter sich. Viele haben noch in frenetischem Jubel getollt — sie haben nicht geahnt, wie die Bourgeoisie über sie lacht. Die Republik ist gefestigt — kein Zweifel. Sie wird auf Kosten der Knochen der proletarischen Klasse immer mehr gefestigt werden. Eine neue „Festigung" steht bevor. Und diese „Festigung" wird so lange von gut bezahlten Bonzen besungen werden können, bis die Proletarier endlich begreifen — was heute, nach zehn Jahren, eigentlich jeder begreifen müßte: Daß nur die Aktion des Proletariats zur Beseitigung des Kapitalismus einen Sinn hat. Diese Aktion beginnen, heißt der bankrotten Sozialdemokratie und den konterrevolutionären Gewerkschaften die Gefolgschaft versagen, sie zu zertrümmern, das Proletariat in den Betrieben zu Betriebsorganisationen sammeln um das proletarische „Recht" zu erkämpfen. Das ist die Herrschaft der arbeitenden Klasse durch die revolutionären Räte.

Die Seelenwanderung der herrschenden Klasse.

Die Zuchthäuser Niederschönenfeld, Ebrach und Kaisheim, alle drei im katholischen Bayern, waren früher Zisterzienserklöster mit berühmten Kirchen. — In der guten alten Zeit, als der Kapitalismus seine Sklaven noch ohne physische Gewalt ernähren konnte, genügte zu ihrer Bändigung die Religion. Was in katholischen Ländern aber die Kirche ist, das sind in den „aufgeklärteren" evangelischen Ländern die Gewerkschaften. Wie Bayern beim Uebergang zur Demokratie aus Klöstern und Kirchen Zuchthäuser machen mußte, so werden die durch die Gewerkschaftsbürokratie regierten Länder bei noch weiterer Fortschreitung der Wirtschaftsdemokratie auch ihre Gewerkschaftspaläste in Zuchthäuser umwandeln müssen.

Monopolkapitalismus, Gewerkschaften und Massenaktion

Bald 11 Jahre sind nach dem Novembersturm verflossen und noch ist die Herrschaft des Kapitals ungebrochen. Die Reaktion schreitet auf der ganzen Linie vorwärts. Von den sozialen Errungenschaften der Revolution ist nichts als ein kümmerlicher Rest geblieben. In den Betrieben herrscht ein Antreibe- und Schwitzsystem. Durch die Rationalisierung werden die Arbeiter bis aufs Mark ausgesogen und dann aufs Pflaster geworfen. Der Lohn sinkt und gleichzeitig senkt die wachsende Teuerung die Lebenshaltung.

Millionen Ausgebeutete sind überflüssig im Produktionsprozeß. Sie bevölkern die Stempelstellen und werden mit Bettelpfennigen abgespeist. Aber selbst diese kümmerliche Arbeitslosenunterstützung wird jetzt mit Zustimmung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften durch eine berüchtigte Reform veringert. Langsam sinken die Ausgestoßenen als Bettelstudenten und den Grund der Gesellschaft.

Die Polizei unter freigewerkschaftlicher Leitung ist militärisch gerüstet und jede Auflehnung gegen die göttliche republikanische Ordnung wird von ihr mit dem Gummiknüppel und Karabiner erstickt, was in der Sprache der Weimarer Verfassung heißt: „Die Gewalt geht vom Volke aus." Der revolutionäre Arbeiter ist vogelfrei. Eine ausgesprochene Klassenjustiz handhabt die trockene Guillotine mit seltener Virtuosität. Demonstrations- und Versammlungsverbote sind an der Tagesordnung. Selbst die geistige Verblödung durch Rundfunk und Film unterliegt noch der Vorzensur. Die Pressefreiheit verkörpert sich in die immer länger werdende Liste der verbotenen „staatsgefährlichen" Bücher. Das Lockspitzeltum steht in vollster Blüte. Für Subventionen an Kapital und Kirche und für die Aufrüstung des Neuimperialismus werden immer neue Millionen ausgeworfen, während für Sozialpolitik keine Gelder vorhanden sind. Die Demokratisierung des Militarismus enthüllt sich als die Militarisierung der Demokratie.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben die heiligsten Güter der Völker Europas, das Privateigentum, vor der Gefahr des Kommunismus noch einmal gerettet. Sie bildeten den festen Wall gegen die drohende „Bolschewisierung". Konnte die Sozialdemokratie nicht die Bergpartei der Revolution, so wollte sie wenigstens deren Gironde sein. Sie stellte der deutschen Vendee die Tiers und Gallifets. Die Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft verwandelte sich in die Hundetreue zum kapitalistischen Herrn. Zum Dank dürfen sie sich an den staatlichen Futtertrögen mästen. Das Erstgeburtsrecht des Proletariats, eine selbständige Arbeiterklassenpolitik, haben sie für das Linsengericht sozialreformerischer Bettelsuppen und das Mittundürfen in der Regierung verkauft. Der ehemals mit einem nassen und einem trockenen Auge verurteilte Ministerialismus erlebt seine Wiedergeburt. Er wird zum Drehpunkt sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Politik. Die Diktatur des Proletariats für die Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus verwandelt sich in die bedingungslose Koalitionspolitik. Das Klasseninteresse wird den Staatsinteressen untergeordnet. Wie während des Völkermordens die Kriegsmaßnahmen des Militarismus, so wird heute die Koalition als ein Schritt zum Sozialismus gepriesen. Die Partei der Ultramantanen, von der es in der Vorkriegsagitation hieß, „sie lüge wie die Teufel und schwindelt aus Prinzip", ist zum politischen Bettgenossen der Sozialdemokratie geworden.

Hand in Hand mit der Sozialdemokratie sind die Gewerkschaften eifrig bemüht, die Arbeiterklasse mit der verlogenen Phrase Wirtschaftsdemokratie einzunebeln, und das Gefechtsfeld des Klassenkampfes zu verschleiern. Im Interesse der Wirtschaft haben sie dem Ermächtigungsgesetz und damit dem Raub des 8-Stundentages zugestimmt. Durch langfristige Tarifverträge wollen die Gewerkschaften den ungestörten Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft und die Möglichkeit der Akkumulation sichern. Dem Kampfeswillen, der Lohnsklaven wird durch die Schlichtungsstellen mit ihrer Spruchpraxis eine eiserne Zwangsjacke angelegt. An Stelle der proletarischen Klasse tritt die rein persönliche Diplomatie am grünen Tisch. An Stelle revolutionärer Praxis die vulgärökonomische Theorie von der Verständigung und Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Austragung der Klassengegensätze durch